



Bild: Landratsamt Ostwiesem, Rafal Lorek

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

Transformation braucht Verlässlichkeit

„Die großen Herausforderungen der Zeit gelingen nur mit den Städten und Gemeinden“, machte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, in München vor Pressevertretern deutlich. Um tragfähige Lösungen zu finden, brauche es eine Veränderung des Politikstils, eine Priorisierung der Inhalte und eine Fokussierung auf wichtige Ziele, betonte der Verbandschef mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl.

Pannermayr forderte bei Gesetzgebungsverfahren die frühzeitige Einbindung der Kommunen: „Der Blick aus der kommunalen Praxis schärft das Bewusstsein für Regelungen, die sich dann auch realisieren lassen. Leider ist in den letzten Jahren die Partnerschaft oft vernachlässigt worden. Gerade, wenn Mut oder Gestaltungswille gefordert werden, müssen Bundestag und Bundesregierung die Städte und Gemeinden einbeziehen. Denn für die Umsetzung der Beschlüsse brauchen die Kommunen praktikable Regelungen und die notwendige Finanzausstattung.“

Stagnierende Steuereinnahmen

„Die kommunalen Steuereinnahmen stagnieren, während die Ausgaben massiv steigen“, erläuterte der Vorsitzende. Das Defizit der bayerischen Kommunen sei dramatisch gestiegen und liege in den ersten drei Quartalen des Jahres 2024 bei einem Rekord-Minus von 6 Milliarden Euro. Die Ursachen lägen in der Dynamik beim Anstieg von Sozialausgaben und Personalausgaben. Da die Wirtschaftskonjunktur unverändert schwach sei, stiegen die Risiken für Steuerrückgänge. Viele Städte und Gemeinden liefen Gefahr, keine genehmigungsfähigen Haushalte mehr aufstellen zu können. Dies bekämen Bürgerschaft und regionale Wirtschaft zu spüren. „Der Bedarf an Investitionen etwa bei Straßen und Wegen, Schulen und Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen ist enorm. Dringende Investitionen in die Infra-

struktur müssen zurückgestellt werden oder kommen generell auf den Prüfstand. Kommunen haben einen Anspruch auf eine aufgabengerechte Finanzierung. Wenn Bund und Freistaat den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen, müssen diese auch auskömmlich finanziert werden“, forderte Pannermayr.

Resolution des Vorstands

Laut einer Resolution des Vorstands des Bayerischen Städtetags werden deshalb vom neuen Bundestag und der neuen Bundesregierung folgende Maßnahmen erwartet:

- Keine Aufgabenübertragungen und Schaffung von Rechtsansprüchen mehr, die für die kommunale Ebene nicht ausfinanzierbar sind. Als aktuelles Beispiel kann auf die nicht auskömmliche Betriebskostenförderung nach dem Ganztagsförderungsgesetz und dem Ganztagsfinanzierungsgesetz hingewiesen werden.
- Aufgabenspezifische Bundeserstattungen müssen dynamisiert werden, damit die Entlastungswirkung auf kommunaler Ebene nicht sukzessive durch Kostensteigerungen aufgezehrt wird. Das gilt beispielsweise für das seit 2018 greifende 5 Milliarden-Entlastungspaket des Bundes.
- Die hohe Dynamik bei den

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Landkreistag:

Verwaltungsmodernisierung ja

Aber nicht zulasten des Föderalismus

Der Deutsche Landkreistag (DLT) begrüßt die Impulse des Normenkontrollrats (NKR) zur Verwaltungsmodernisierung, lehnt jedoch die vorgeschlagenen Verfassungsänderungen ab. DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke warnt vor unabsehbaren Folgen für den Föderalismus.

Das NKR-Gutachten sieht in einer stärkeren Bündelung von Verwaltungsaufgaben die Lösung für eine effizientere Verwaltung. Es analysiert dies anhand der Fahrerlaubniserteilung, der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und der Einkommensprüfung. Henneke betont: „Die Landkreise sind bereits Bündelungsbehörden. Hier gibt es Potenzial, Zuständigkeiten weiter zu optimieren.“ Eine Zentralisierung dürfe jedoch nicht dazu führen, dass Bürger auf kompetente Ansprechpartner vor Ort verzichten müssen.

Der DLT fordert eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und kritisiert die Überregulierung durch den Bund. Statt neuer Aufgaben sollte die bestehende Bürokratie abgebaut werden. Verfassungsänderungen, wie sie das Gutachten vorschlägt, hält Henneke für unnötig: „Art. 30 und 83 GG sowie das Verbot der Mischverwaltung sind tragende Säulen des Föderalismus. Wer sie aufweicht, gefährdet das Fundament unserer bewährten Ordnung.“ Auch eine neue Infrastrukturkompetenz des Bundes sei überflüssig. Henneke appelliert abschließend, Reformen im Rahmen des Grundgesetzes anzugehen, um eine leistungsfähige Verwaltung im Interesse von Bürgern und Unternehmen zu sichern. □

vbw erwartet Nullwachstum

Hatz: „Neue Bundesregierung muss zügig liefern“

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. erwartet für 2025 ein Nullwachstum in Bayern. „2024 ist Bayern in die Rezession gerutscht, das BIP sinkt um 0,4 Prozent. Eine Besserung ist nicht in Sicht“, warnt vbw-Präsident Wolfram Hatz. Die Kombination aus Konjunktur- und Strukturkrise gefährde Investitionen und Arbeitsplätze. „Der Standort Deutschland ist nicht mehr wettbewerbsfähig“, so Hatz.

Die vbw fordert eine sofortige Wirtschaftswende durch bessere Standortbedingungen, niedrigere Unternehmenssteuern, reduzierte Energie- und Lohnzusatzkosten sowie weniger Bürokratie.

Handelshemmnisse und Protektionismus

Auch das außenwirtschaftliche Umfeld bereitet Sorgen: „Handelshemmnisse und Protektionismus schaden unserer

exportorientierten Wirtschaft. Europa muss geschlossen dagegen vorgehen.“

Hatz fordert einen wirtschaftlichen Neustart: „Die Bundesregierung muss schnell handeln, die Transformation begleiten und Beschäftigung sichern. Die De-Industrialisierung muss gestoppt werden, besonders die Industrie braucht dringend Unterstützung.“

<https://www.vbw-bayern.de/vbw/Themen-und-Services/Konjunktur/Bayern-Deutschland/Konjunkturprognose-Bayern-2025.jsp>. □

Neustart jetzt!

Forderungen des Bayerischen Landkreistags an die nächste Bundesregierung

„Immer mehr Aufgaben, überbordende Vorgaben und stetig steigende Ausgaben gefährden die Handlungsfähigkeit der bayerischen Landkreise. Es ist Zeit für entschlossene Reformen durch die neue Bundesregierung, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu retten und die Lebensqualität vor Ort zu erhalten“, erklärte Verbandspräsident Thomas Karmasin bei der Vorlage eines Forderungspapiers des Bayerischen Landkreistags an die nächste Bundesregierung. Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und den Bürgern eine lebenswerte Zukunft zu bieten, sei eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

„Die Kommunen tragen über 25 Prozent der Ausgaben, erhalten jedoch nur 14 Prozent der Steuereinnahmen“, heißt es in dem Papier. Diese ungleiche Finanzierung müsse dringend angegangen werden. Der Bund habe sich deutlich stärker an der Finanzierung der von ihm geschaffenen und festgelegten gesetzlichen Aufgaben, Standards und Leistungsansprüche zu beteiligen. „Wir fordern daher eine signifikante Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer auf 6 Prozent.“

Eine starke und stabile Wirtschaft ist das Fundament für handlungsfähige Kommunen.

Verlässliche Wirtschaftspolitik

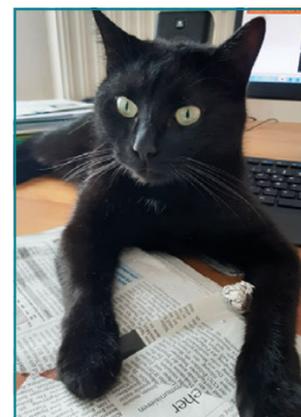
Die bayerischen Landräte verlangen von der neuen Bundesregierung daher eine verlässliche Wirtschaftspolitik mit massiven Investitionsförderungen, mutiger Deregulierung und einer signifikanten Entlastung der Unternehmen. Hierbei handle es sich nicht nur um ökonomische, sondern auch gesellschaftliche Notwendigkeiten, um Perspektiven vor Ort zu schaffen und den sozialen Zusammenhalt zu sichern. Öffentliche Dienstleistungen wie eine solide medizinische Versorgung, attraktive Bildungsangebote und ein funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr seien ent-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Entlastung von überflüssigen Aufgaben und Standards

Gleichzeitig müssten die Kommunen von überflüssigen Aufgaben und überhöhten Standards entlastet werden, um sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren zu können. Komplexe und praxisferne Vorschriften führten zu unnötigem Verwaltungsaufwand, der sowohl Bürger als auch Unternehmen belastet. Es sei an der Zeit, die Bürokratie zu reduzieren und den Kommunen mehr Entscheidungsspielräume zu gewähren, um flexible und pragmatische Lösungen zu ermöglichen, betonte Karmasin.

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist aus Sicht der Landräte alarmierend und zeigt sich in einer anhaltenden Konjunkturkrise. Hinzu kämen strukturelle Probleme. Der Wirtschaftsstandort Deutschland sei zu teuer, überreguliert und die Infrastruktur in die Jahre gekommen. Außerdem habe der wirtschafts- und klimapolitische Zickzackkurs der vergangenen Jahre die Unternehmen tief verunsichert. Neben verschlechterten Standortbedingungen werde das internationale Handelsumfeld zunehmend herausfordernd. Auch der Arbeitsmarkt leide. Die deutsche Volkswirtschaft sei zum „schlafenden Riesen“ mutiert.



Während in Deutschland die Industrie schwächelt und die Infrastruktur bröckelt, funktioniert eines tadellos: die Empörung. Die Debattenkultur, so der Rathauskater, gleiche einem wütenden Dauerfeuer. Vielleicht wäre weniger Aufregung und mehr Nachdenken manchmal ganz hilfreich. S. 13



Gedenkakt zu Ehren der Opfer des Nationalsozialismus

Der Bayerische Landtag und die Stiftung Bayerische Gedenkstätten erinnerten im Schloss Dachau in einem gemeinsamen Gedenkakt an die Opfer des Nationalsozialismus. 80 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager lag der Schwerpunkt des Gedenkens heuer auf der unmittelbaren Nachkriegszeit, auf dem schwierigen Neubeginn der Überlebenden, dem oft lebenslangen Kampf mit den erlittenen Traumata; aber auch auf dem frühen Gedenken an die Toten und das Wunder des Überlebens und Weiterlebens. Bei der Veranstaltung sprachen neben Landtagspräsidentin Ilse Aigner und dem Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, Karl Freller, auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der Oberbürgermeister der Stadt Dachau, Florian Hartmann, sowie David Husarek, Enkel des Dachau-Überlebenden Dr. Paul Husarek, der unmittelbar nach der Befreiung bereits in der ersten Ex-Häftlings-Selbstorganisation aktiv war.

Bildarchiv Bayerischer Landtag Foto: Matthias Balk

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Ministerrat: Kernpunkte Migration und Digitalisierung	2
Landtag: Zuversicht für Bayerns Jugend	2
GZ-Podcast: Das gute Beispiel – Hoffnung für Togo.	2
GZ-Kolumne Kathrin Alte:	
So wird 2025 ein gutes Jahr!	3
Söder und Herrmann zur bayerischen Grenzpolizei	3
Förderung innovativer Heimatprojekte	4
Digitalisierung • IT • Breitband	5 - 8
Abfall • Umwelt	9 - 10
Schulungen für kommunale Entscheider	11
Aus den bayerischen Kommunen.	11 - 14

Bayerischer Ministerrat:

Kernpunkte Migration und Digitalisierung

Die Migrationspolitik sowie digitale Innovationen auf kommunaler Ebene standen auf der Tagesordnung der jüngsten Sitzungen des bayerischen Kabinetts in München. Mit zwei Bundesratsinitiativen wurde die Bundesregierung aufgefordert, nach dem furchtbaren Angriff in Aschaffenburg, der sich einreihet in die tragischen Vorfälle von Magdeburg, Solingen und Mannheim, endliche Konsequenzen zu ziehen und eine klare Wende in der Migrationspolitik zu vollziehen.

Mit dem Elf-Punkte-Entschliessungsantrag für eine konsequente Rückführungspolitik setzt sich Bayern dafür ein, dass die Bundesregierung die generellen Voraussetzungen für Abschiebungen, insbesondere von Straftäten und Gefährdungen nach Afghanistan und Syrien schafft. Der Bund müsse außerdem die rechtlichen Voraussetzungen für einen Sofort-Arrest für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder schaffen.

Forderungen an die Bundesregierung

Weitere bayerische Forderungen sind Rückführungsabkommen mit wichtigen Herkunfts- und Transitländern, die vollständige und alleinige Übernahme der Dublin-Verfahren durch den Bund sowie dessen Einsatz zur kurzfristigen Beseitigung von massiven Defiziten bei Dublin-Überstellungen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich nachhaltig für eine verbesserte Funktionsfähigkeit des Dublin-Systems und insbesondere die Herstellung der tatsächlichen und nachhaltigen Rücknah-

mebereitschaft anderer EU-Mitgliedstaaten einzusetzen.

Der Bund solle überdies zentrale Bundesausreisecentren, etwa an den großen deutschen Flughäfen, errichten und die Befugnisse der Bundespolizei erweitern, ausreisepflichtige Personen festzuhalten oder festzunehmen. Auch müssten die Regeln für Ausreisepflichtige verschärft und stärkere Sanktionen bei ungeklärter Identität geschaffen werden. Auch auf EU-Ebene müsse sich der Bund für eine Reform der Rückführungs-Richtlinie einsetzen. Die Regelungskompetenzen sollten hier wieder in die Hände der Mitgliedstaaten fallen.

Darüber hinaus sollen aus bayerischer Sicht die mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vorgenommenen Erleichterungen zurückgenommen werden. Außerdem müssten Deutsche mit doppelter Staatsangehörigkeit, die wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung oder einer sonstigen schweren staatsgefährdenden Straftat rechtmäßig verurteilt werden, die deutsche Staatsangehörigkeit wieder verlieren.

vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern seien Bezahlkarten-Umgehungen effektiv zu beenden und entsprechende Rechtsgrundlagen zu schaffen.

Nach Angaben von Innenminister Joachim Herrmann ist die Zahl der Aufenthaltsbeendigungen in bayerischer Zuständigkeit im Jahr 2024 erneut gestiegen: Von den insgesamt 17.767 Aufenthaltsbeendigungen waren 3.010 Abschiebungen und 14.757 freiwillige Ausreisen. „Damit konnten wir die Abschiebungen im Vergleich zum Vorjahr um rund 27 Prozent steigern, die freiwilligen Ausreisen um rund 26 Prozent.“ Letztere erreichten einen Zehnjahresrekord und übertreffen die bisherige Höchstzahl von 14.015 freiwilligen Ausreisen im Jahr 2015. Die meisten Abschiebungen fanden in die Herkunftsländer Georgien, Irak, Türkei, Nigeria und Moldau statt.

Initiative „Kommunal? Digital!“

Themenwechsel. In der Sitzung des bayerischen Ministerrats wurde die Bedeutung der Initiative „Kommunal? Digital!“ für den gesamten Freistaat und das große Transferpotenzial der vom Bayerischen Staatsministerium für Digitales geförderten und nun umgesetzten Smart City/Smart Region-Projekte hervorgehoben. Mit dem Programm „Kommunal? Digital!“ unterstützte die Bayerische Staatsregierung zehn bayerische Kommunen mit über vier Millionen Euro (jeweils bis zu 500.000 Euro pro Kommune) bei der Umsetzung ihrer digitalen und nachhaltigen Vorhaben. Die geförderten Kommunen wurden in einem Ideenwettbewerb von einer unabhängigen Jury aus 76 Bewerbungen ausgewählt.

Im Bereich Klimaresilienz zeigen der Markt Ergoldsbach, die Großstadt Erlangen und die Stadt Bamberg, wie digitale Lösungen Städte und Gemeinden zukunftssicher machen und wie dem Klimawandel mit Innovationen statt Verboten intelligent begegnet werden kann. In Bam-

berg wurde mit dem Projekt „BAKIM (Baum, Künstliche Intelligenz, Mensch)“ gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Kognitive Systeme der Universität Bamberg und weiteren Partnern ein innovatives Tool entwickelt, das durch den Einsatz von Drohnen die Baumbestände der Stadt und des städtischen Forstbetriebes mithilfe verschiedener Sensordaten erfasst und vermisst. Eine KI wertet die Drohnen-Daten aus. Auf diese Weise können gezielt Maßnahmen gegen Baumschäden ergriffen werden. Auch Bürger und Natur profitieren: Parkanlagen und Wälder können effizienter und kostengünstiger gepflegt werden und so ihren Erholungswert behalten.

Ressourceneffizienz

Ressourceneffizienz mithilfe digitaler Tools steht im Mittelpunkt von Projekten aus dem Landkreis Ebersberg, in den ILE Nationalparkgemeinden Bayerischer Wald, dem Markt Luhe-Wildenau und in der Gemeinde Lauben im Oberallgäu. Hier gelingt es, mit Ideenreichtum und Innovationskraft knappe Ressourcen zu schonen, um zugleich wirtschaftlicher agieren zu können. So ist beispielsweise das übergeordnete Ziel des Projekts „Lauben Digital“, mithilfe digitaler Überwachung der Wasserleitungen den Wasserverbrauch zu optimieren und zu reduzieren, sowie auch Personalressourcen in der Gemeinde Lauben zu schonen.

Smarte Lösungen zur Partizipation

Die Stadt Aschaffenburg, der Landkreis Günzburg sowie die Stadt Kempten haben wiederum smarte Lösungen zur Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Themen sind hierbei neben innovativen Beteiligungsmöglichkeiten zur Stadtentwicklung auch die Unterstützung konkreter Projekte und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz für mehr Transparenz und Effizienz. So wurde in Kempten ein „Di-

Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag:

„Zuversicht für Bayerns Jugend“

Auf Vorschlag der CSU-Fraktion stand in der Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag die Jugendpolitik im Zentrum der Aufmerksamkeit. Unter dem Motto „Zuversicht für Bayerns Jugend“ diskutierten die Landtagsabgeordneten darüber, wie junge Menschen bestmöglich gefördert werden können.

Die CSU-Landtagsfraktion verweist auf das bayerische Aufstiegsversprechen „Stark für heute, bereit für morgen“. Es soll jungen Menschen Perspektiven eröffnen und sie auf ihrem Weg optimal unterstützen. In den kommenden Wochen findet ein umfassender Dialogprozess statt, um die echten Anliegen von Jugendlichen in den politischen Prozess einfließen zu lassen. Thematisch reicht das Spektrum von Bildung, beruflichen Zukunft und Wohnen bis hin zu Mobilität, Umweltschutz und innovativen Themen wie Unternehmensgründung oder Finanzmärkte.

Jungen Menschen Mut machen

Wie der jugendpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion Josef Heisl erläuterte, „wollen wir ein Bayern, das jungen Menschen Mut macht, groß zu denken. Dazu gehört es, Werte zu vermitteln, Orientierung zu geben und Vertrauen zu schaffen. Es geht darum, jungen Menschen nicht nur Chancen zu eröffnen, sondern sie auch dort zu stärken, wo sie Unterstützung brauchen. Wir wollen ihnen die Sicherheit geben, dass ihr Engagement und ihre Anstrengungen in Bayern Anerkennung fin-

GZ

GZ-PODCAST

GZ

Das gute Beispiel

Podcast-Moderator Michael von Hassel spricht mit beeindruckenden Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement für Hoffnung in schwierigen Zeiten sorgen, besonders im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik.

Folge 3: Hoffnung für Togo – Wie ein Ehepaar aus Schwaben tausenden Menschen Zukunft schenkt



In einer Welt voller Krisen und Unsicherheiten gibt es Lichtblicke – und Barbara und Anton Weber sind einer davon. Was mit einer spontanen Spende begann, entwickelte sich zu einem der beeindruckendsten privaten Entwicklungsprojekte in Westafrika. Seit über 30 Jahren engagieren sich die beiden mit unermüdlicher Leidenschaft für den Verein „Hilfe für Togo e.V.“ und haben damit das Leben unzähliger Menschen verändert.

Sie haben über 50 Schulen gebaut, ein Ausbildungszentrum errichtet, Brunnen gebohrt, Krankenstationen ausgestattet und hunderten Jugendlichen eine berufliche Zukunft geschenkt. Ihr Credo: Hilfe zur Selbsthilfe. Bildung, Eigenverantwortung und nachhaltige Entwicklung stehen im Fokus – und das mit großem Erfolg.

Ihre Arbeit zeigt: Veränderung beginnt mit einer einzigen Entscheidung. Ihre unerschütterliche Begeisterung und ihr Tatendrang haben eine Bewegung ins Rollen gebracht, die nicht nur Hoffnung schenkt, sondern auch Perspektiven schafft.

Wer dieses außergewöhnliche Projekt unterstützen möchte, findet mehr Informationen unter hilfe-fuer-togo.de. Jede Spende, jede Geste der Unterstützung bedeutet Zukunft – für ein ganzes Land.

Alle Folgen unter: www.gemeindezeitung.de/podcast

gitalen Bürgerforum“ geschaffen, das aus einer Open-Source-Plattform und einer analogen Begegnungsstätte besteht. Auf der Plattform „machmit.Kempten.de“ können die Bürger städtische Themen und Projekte mitgestalten, wobei auch ein Digitalisierung der Beteiligungsthemen integriert ist.

Das Programm „Kommunal? Digital!“ zielt darauf ab, die Lösungen der Pionier-Kommunen in die Fläche zu bringen und bayernweit auszurollen. Im Vordergrund steht jeweils der konkrete Transfer-Mehrwert. Einige der entwickelten Lösungen wurden bereits auf andere Kommunen übertragen. Weitere Informationen zum Ideenwettbewerb und den zehn Leuchtturmprojekten unter <https://kommunal-digital.bayern.de>. DK

gendpolitik angesichts des demographischen Wandels immer mehr an Bedeutung gewinnt, wurde beim Jahresauftakt der Kommunalen Jugendarbeit (KOJA) im Landkreis Rosenheim aufgezeigt. Eingeladen waren die Jugendbeauftragten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Landkreisgemeinden, Mitarbeiter des Kreisjugendrings sowie die Leitungen aus dem Kreisjugendamt.

Sinkender Jungwähler-Anteil

Schätzungen zufolge ist der Anteil der Jungwähler an der Gesamtheit der Wahlberechtigten in den vergangenen Jahrzehnten auf unter zehn Prozent gesunken. Dadurch werden hauptsächlich Interessen der anderen Altersgruppen in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen gestellt. Grund hierfür ist der demographische Wandel. Landrat Otto Lederer nutzte deshalb die Gelegenheit, den rund 80 Gästen aus den Gemeinden und der Jugendarbeit für ihr großes jugendpolitisches Engagement zu danken. Aus seiner Sicht „zeigen die Zahlen einmal mehr, wie wichtig es ist, den Jugendlichen nicht nur eine Stimme, sondern auch Räume zu geben“.

Studie „Stadt. Land. Unterschied!“

Dr. Heiko Tammerna, Fachreferent für Kommunale Jugendarbeit beim Bayerischen Jugendring, stellte die Ergebnisse der Studie „Stadt. Land. Unterschied!“ vor, die die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) von 2016 bis 2020 durchführte. Danach leben viele junge Menschen sehr gern auf dem Land. Positiv bewerteten sie das Umfeld, soziale Netzwerke und das Zugehörigkeitsgefühl. Als unzureichend wurden dagegen die Mobilitätsmöglichkeiten, die Jugendbeteiligung und die Vielfalt auf dem Land genannt.

Wie Tammerna unterstrich, sei der Landkreis Rosenheim mit der landkreisweiten Jugendbeteiligungskonferenz „MyVision“ und der Fachstelle Jugendbeteiligung bereits einen großen Schritt vorangekommen. Gleichwohl werde noch zu häufig über oder für junge Menschen gesprochen, stellte der Fachreferent fest. Sein Rat an die Gemeindevertreter: „Auf ins Gespräch!“, „denn Jugendarbeit ist eines der wirksamsten Mittel für die Demokratie – auch für die zukünftigen Generationen.“ DK

Jeder dritte Euro für Bildung

„Die Jugend gehört in den Mittelpunkt! Sie ist kreativ, talentiert und motiviert. Genau das braucht unser Land“, stellte Staatsministerin Ulrike Scharf fest und verwies darauf, dass der Freistaat mehr als jeden dritten Euro in Bildung investiere und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit hierzulande aufweise. Auf dem Weg einer noch stärkeren Mitgestaltung sei die Fortführung des bayerischen Aktionsplans Jugend ein wichtiger Schritt.

Dass eine eigenständige Ju-

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Hacker
Gemeinde Oberreichenbach
am 15.2.

Bürgermeister Josef Schuh
Gemeinde Witzmannsberg
am 19.2.

Bürgermeister Harald Michel
Stadt Kupferberg
am 23.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Muth
Gemeinde Oberleichtersbach
am 13.2.

Bürgermeister Paul Reithmeier
Gemeinde Eurasburg
am 26.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Grau
Gemeinde Laberweinting
am 22.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dietrich Binder
Gemeinde Petersdorf
am 13.2.

Bürgermeister Joas Walter
Gemeinde Mödingen
am 26.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dr. Mario Paul
Stadt Lohr
am 17.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Florian A. Mayer
Gemeinde Mering
am 15.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johannes Polenz
Markt Burgwindheim
am 18.2.

Bürgermeister Peter Wagner
Gemeinde Aying
am 21.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Söder und Herrmann stellen Jahresbilanz der Bayerischen Grenzpolizei vor

Starker Rückgang bei unerlaubten Einreisen und Schleuserfällen

Grenzüberschreitende Kriminalität auf hohem Niveau – Über 80 Prozent mehr Rauschgift beschlagnahmt – Konsequente Zurückweisungen an der deutschen Grenze notwendig

2.385 unerlaubte Einreisen und Wiedereinreisen haben die bayerischen Grenzfahnder an den Land- und Luftgrenzen im letzten Jahr festgestellt. Das ist ein Rückgang um fast 49 Prozent gegenüber dem Vorjahr (4.667). Auch die Zahl der Schleuserfälle reduzierte sich mit 160 Delikten um knapp 61 Prozent im Vergleich zu 2023 (413). Diese Bilanz der Bayerischen Grenzpolizei im Jahr 2024 haben Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Innenminister Joachim Herrmann am Grenzübergang Oberaudorf an der deutsch-österreichischen Grenze vorgestellt.

„Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Die Bayerische Grenzpolizei ist unsere Elite-Einheit gegen illegale Migration, Schleuser und Kriminelle. Ihr Aufbau war goldrichtig“, sagte der Ministerpräsident.

Massive Bedrohung für die Innere Sicherheit

Joachim Herrmann bekräftigt:

„Zwar konnten wir im letzten Jahr deutliche Rückgänge erzielen. Aber nachdem die Zahl der unerlaubten Einreisen und Schleuserdelikte im Jahr 2023 so hoch wie nie seit der Gründung der Bayerischen Grenzpolizei war, gibt es keine Entwarnung. Die Arbeit unserer Grenzpolizei ist wichtiger denn je!“

Das abscheuliche Verbrechen von Aschaffenburg und andere

fürchterliche Taten in den vergangenen Jahren zeigten, dass die unkontrollierte Migration der letzten Jahre eine massive Bedrohung für die Innere Sicherheit in unserem Land bleibt. „Wir brauchen jetzt endlich eine klare Wende in der Migrationspolitik“, forderte Herrmann. „Um unser Land effektiv zu schützen, sind konsequente Zurückweisungen an der deutschen Grenze notwendig.“

Den Schalter umlegen

Herrmann forderte die Bundesregierung auf, alle Polizeien der Länder rechtlich in die Lage zu versetzen, Zurückweisungen selbstständig durchzuführen. „Das sogenannte Dublin-System funktioniert genauso wenig wie ein gemeinsames europäisches Asylsystem. Wir müssen deshalb den Schalter umlegen und dafür sorgen, dass diese Flüchtlinge gar nicht erst einreisen“, so der Minister.

120.000 Fahndungstreffer

Trotz des Rückgangs der Einreise- und Schleuserzahlen hatte die Bayerische Grenzpolizei auch 2024 alle Hände voll zu tun. „Seit der Einführung unserer Bayerischen Grenzpolizei gab es rund 120.000 Fahndungstreffer, davon allein über 18.600 Fälle im letzten Jahr. Es werden nicht nur Täter gefasst, sondern auch Opfer durch Abschreckung verhindert“, erklärte Ministerpräsident Söder. Zu den bei Schleierfahndungskontrollen, vorübergehenden Grenzkontrollen an der Landgrenze zu Österreich und Tschechien sowie Grenzkontrollen an den bayerischen Flughäfen Nürnberg und Memmingen erzielten Fahndungstreffern gehören zum Beispiel Haftbefehle oder Fahrzeuge, die wegen Diebstahls zur Fahndung ausgeschrieben waren.

Deutlich mehr Rauschgift beschlagnahmt

Daneben beschlagnahmten die Grenzfahnder deutlich mehr Rauschgift. Die Menge an sichergestelltem Rauschgift an den Landgrenzen stieg um mehr als 80 Prozent an und lag im ver-

Liebe Leserinnen und Leser,

hatten auch Sie gute Vorsätze für das neue Jahr gefasst? Ich nehme mir ja immer zum Jahreswechsel vor, mehr Sport zu treiben und weniger Süßes zu essen. Zu Beginn des Februars musste ich wieder einmal feststellen, dass dies wohl doch fromme Wünsche bleiben werden. Denn als Bürgermeisterin in einem Dorf, in dem das Vereinsleben praktisch jede Woche Anlässe zur Geselligkeit bietet, funktioniert es nicht. Deshalb mache ich es jetzt für den Rest dieses Jahres anders. Der Historiker Dr. Michael Richter hat es gut formuliert: „Jeden Tag sollte man sich vornehmen, irgendetwas sein zu lassen.“ Das klingt doch gut:

So wird 2025 ein gutes Jahr!

Ich lasse es 2025 sein, mich über neue bürokratische Vorschriften oder die Auswirkungen neuer in München oder Berlin erdachter Gesetze auf meine Gemeinde aufzuregen. Ich lasse es 2025 sein, mich zu ärgern, wenn

GZ KOLUMNE Kathrin Alte



© Thomas Scheuplein

Bauprojekte oder Förderträge so viel länger dauern als geplant, sondern ich übe mich in mehr Geduld.

Und ich lasse es hoffentlich sein, Leuten, die immer jammern, klagen und sich beschweren, ohne eine Lösung zu haben, zu viel Zeit und Aufmerksamkeit zu schenken.

Alles andere ergibt sich dann von selbst. Nur diese Dinge lassen wir besser nicht weg: Zusammenhalt, gegenseitigen Respekt, Zuhören und die Probleme gemeinsam anpacken. Das stärkt das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Politik und das wünschen sich auch die meisten Bürgerinnen und Bürger.

Und da bin ich wieder bei den Vorsätzen, denn einer kommt mit Blick auf die Bundestagswahl noch dazu:

Lassen wir die überzogene Aufregung über eine Abstimmung im Bundestag sein, bleiben wir sachlich und schauen mal ganz genau hin, wer skandalisiert statt konkreter Lösungsvorschläge in der Mitte der Gesellschaft für die Probleme und Sorgen der Menschen anzubieten.

Dann kann 2025 ein gutes Jahr werden! Mit den besten Grüßen

Ihre Kathrin Alte

Mitglied des geschäftsführenden KP/Landesvorstands
Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing



V.l.: Fiona Rachel Fischer, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Dr. Uwe Brückner. Bild: TH

Söder im Münchner Presseclub:

Migration, Energie und Medien im Fokus

Medienvielfalt als Stütze der Demokratie

Über zentrale politische Themen diskutierte Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder wenige Wochen vor der nächsten Bundestagswahl im Münchner Presseclub mit Fiona Rachel Fischer und Dr. Uwe Brückner während des zum traditionellen Jahresgespräch. Neben Migration und Energie ging es insbesondere um die finanziellen Belastungen der Kommunen und die Zukunft der regionalen Medienlandschaft.

Herausforderungen in der Migrationspolitik

Söder betonte dass die Kommunen durch die steigende Zahl an Geflüchteten stark gefordert seien. „Die finanzielle Belastung für unsere Städte und Gemeinden ist enorm. Viele Kommunen wissen nicht, wie sie die Unterbringung und Integration stemmen sollen“, so der Ministerpräsident. Er forderte eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren und bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen durch den Bund.

Bayern habe 2024 bereits zahlreiche Bundesratsinitiativen eingebracht, um die Belastungen gerechter zu verteilen.

Planbarkeit der Energieversorgung

Ein weiteres zentrales Thema war die Energiepolitik, insbesondere die steigenden Stromkosten und die Unsicherheit für Kommunen und ansässige Unternehmen. „Es reicht nicht, nur auf erneuerbare Energien zu setzen. Die Kommunen brauchen Planbarkeit und eine sichere Stromversorgung, sonst werden Betriebe abwandern“, sagte Söder. Besonders die Herausforderungen für energieintensive Unternehmen und die wachsende Unsicherheit bei Netzanschlüssen wurden thematisiert. Der bayerische Regierungschef sprach sich

für eine beschleunigte Genehmigung von Infrastrukturprojekten aus und forderte von der Bundesregierung eine veränderte Energiepolitik.

Die Lage der regionalen Medien beschrieb Söder als besorgniserregend. Viele lokale Zeitungen und Fernsehsender kämpfen ums Überleben. Kommunalpolitiker seien darauf angewiesen, dass lokale Themen weiterhin eine Plattform erhalten. Bayern habe daher gezielt Vorschläge für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Verlage und regionale Sender eingebracht. Steuersenkungen für Presseerzeugnisse z.B. wären ein wichtiger Hebel, um den Fortbestand lokaler Berichterstattung zu sichern.

Keine Zusammenarbeit mit der AfD

Dass eine Zusammenarbeit der CSU mit der AfD ausgeschlossen bleibt, betonte der CSU-Parteivorsitzende auch bei dieser Veranstaltung. „Unsere Kommunalpolitiker haben es ohnehin schwer genug, gute Arbeit vor Ort zu leisten. Eine Zusammenarbeit mit Extremisten würde nur Unsicherheit und Polarisierung bringen“, sagte er. Gerade in den Kommunen sei es wichtig, eine sachliche Politik im Sinne der Bürger zu betreiben und nicht auf populistische Parolen hereinzufallen. □

gangenen Jahr bei rund 680 Kilogramm. Fast zwei Drittel davon waren sichergestelltes Marihuana, im Vergleich zum Vorjahr mehr als das Siebenfache. „Offensichtlich hat die haarsträubende Entscheidung der Bundesregierung, Cannabis zu legalisieren, deutlich mehr Menschen dazu verleitet, den Stoff in unser Land zu schmuggeln. Ein schwerwiegender Fehler, der nicht nur massiv die Gesundheit der Menschen gefährdet, sondern den Schwarzmarkt und die Organisierte Kriminalität auch noch befördert anstatt sie einzudämmen“, betonte Herrmann.

Eigentums- und Vermögensdelikte

Im Bereich der Eigentums- und Vermögensdelikte hat die Grenzpolizei 622 Fälle bearbeitet (+13,9 Prozent, 2023: 546), darunter auch ein eindrucksvoller Fall: Bei einer Schleierfahndungskontrolle im November 2024 auf der Bundesautobahn A3 stellten die bayerischen Grenzfahnder rund eine Million Euro Bargeld sicher. Die Beamten leiteten ein Ermittlungsver-

fahren wegen des Verdachts der Geldwäsche ein. Daneben deckte die Bayerische Grenzpolizei 2024 im Bereich der Waffen- und Sprengstoffdelikte 1.100 Fälle auf (2023: 1.064). Im Bereich der Urkundendelikte waren es 1.383 Fälle, ein Plus von knapp 7 Prozent (2023: 1.296), darunter beispielsweise Passfälschungen oder die missbräuchliche Verwendung von Ausweisen.

Stellenaufstockungen

„Wir werden illegale Migration und Schleuserkriminalität weiter bekämpfen. Dazu wird die Bayerische Grenzpolizei von 935 auf 1.500 Stellen aufgestockt. Auch bei der Bundespolizei braucht es 10.000 neue Stellen für Grenzen, Bahnhöfe und Flughäfen. Insgesamt müssen wir die illegale Migration in Deutschland deutlich begrenzen“, betonte Söder. Nach den Worten des Ministerpräsidenten brauche es die Möglichkeit zu generellen Zurückweisungen an den Grenzen auch durch die Bundespolizei und Bayerische Grenzpolizei, ein Abkommen für Rückführungen nach Afgha-

nistan und Syrien und den Aufbau von nationalen Ausreisecentren. „Zudem braucht die Polizei mehr Möglichkeiten, um moderne Technik wie KI und biometrische Abgleiche im Sinne unserer Sicherheit zu nutzen.“

Alpiner Einsatzzug

Innenminister Herrmann resümierte: „Die Bayerische Grenzpolizei ist und bleibt eine wichtige Säule für die Innere Sicherheit in ganz Deutschland. Deshalb verstärken wir sie weiter! Seit der Gründung im Juli 2018 haben wir die Zahl unserer Grenzpolizisten bereits um mehr als 420 auf aktuell über 900 aufgestockt. Schon zum 1. März 2025 folgen weitere 35 Personalzuteilungen. Hierdurch erreichen wir einen neuen Personalhöchststand“. Dazu gehört auch seit 1. Januar 2025 beim Polizeipräsidium Oberbayern Süd ein Alpiner Einsatzzug der Bayerischen Grenzpolizei zur Stärkung des polizeilichen Alpinwesens. Dieser wird unter anderem auch für noch bessere Fahndungsmöglichkeiten sorgen. □

Benefiz-Schafkopffrennen

für kommunalpolitische Mandatsträger und Freunde

Schirmherren:

Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau),
Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstenfeldbruck) und
Oberbürgermeister Dieter Reiter (Stadt München)

Anmeldung nur digital unter:
www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025

Startgeld: 50 €/Person

1. Platz Reisegutschein im Wert von 400 €
2. Platz Preis im Wert von 200 €
3. Platz Preis im Wert von 150 €

Benefizgewinne: Jeder und jede spielt für einen guten Zweck, der bei Anmeldung angegeben wird.

Mitspielen dürfen alle Freunde der Kommunalpolitik

Schlossgut Odelzhausen
Am Schlossberg 1, 85235 Odelzhausen
www.schlossgut-odelzhausen.de



15.3.2025

Anmeldung ab 14:00 Uhr
Beginn 15:00 Uhr

Schlossgut Odelzhausen

www.landratsamt-dachau.de/benefizschafkopf2025



BAU INDUSTRIE
Bayern

BAYERISCHE
Gemeindezeitung

Sparkasse
Dachau

„Heimat. Engagiert!“:

Förderung für innovative Heimatprojekte

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat hat in Kooperation mit dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e. V. Ende 2023 das Förderprogramm „Heimat.Engagiert!“ ins Leben gerufen. Zunächst als Pilotprojekt ausgelegt, werden jährlich bis zu 40 Vorhaben, die der Pflege und Vermittlung von Heimat- und Brauchpflege dienen, mit einer Festbetragsförderung von 2.000 Euro unterstützt. In Nürnberg übergab Staatsminister Albert Flürberger nun Förderbescheide für weitere „sieben spannende und innovative Heimatprojekte“.

Zwei Bescheide gingen nach Oberbayern: Im Rahmen des Projekts „NaturWandel – eine Geschichte des Dachauer Landes“ forscht die Dachauer Geschichtswerkstatt dazu, wie sich die Natur im Landkreis Dachau verändert hat. Hierzu werden alte Fotos und Landkarten gesucht sowie Zeitzeugen befragt. Der Museumsverein Miesbach wiederum gestaltet eine Ausstellung zur Geschichte der Stadt Miesbach als Filmkulisse mit dem Namen „Film ab – Traumkulisse Miesbach“ mit anschließender digitaler Dokumentation. Dadurch soll nicht nur Stadtgeschichte lebendig gehalten, sondern auch Schein und Wirklichkeit gegenübergestellt werden.

Ebenso einen Förderbescheid erhielten drei Projekte aus Mittelfranken: Im Rahmen eines Geschichtsprojekts über die Zerstörung von Rothenburg o.d.T. im 2. Weltkrieg und den historischen Wiederaufbau besucht eine 10. Schulklasse den Röderturm und recherchiert mit Geschichtsbüchern aus den vereinseigenen Buchbeständen zum Thema. Anschließend gestaltet die Klasse große Bildtafeln, die

die Besucher des Röderturms zu dessen Geschichte informieren.

Die Stiftung Schloss Neunhof hat sich die Neugestaltung der öffentlichen Informationsmöglichkeiten rund um Schloss Neunhof in Nürnberg zur Aufgabe gemacht. Mittels frei zugänglicher Schautafeln sowie über QR-Codes abrufbare Audioguides sollen sich Besucher zum Schloss informieren können.

Der Heimatverein Cadolzburg und Umgebung e. V. wird den „Einarmigen Banditen“ im Museum Cadolzburg um Fotos der vergangenen 75 Jahre bereichern. Dabei handelt es sich um eine spielerische und mit Musik verbundene innovative Darstellung der jüngeren Heimatgeschichte Cadolzburgs anhand von Bildern, die mit einem Zufallsprogramm aufgerufen werden können.

Ein Herzensanliegen des Altbürgermeisters der unterfränkischen Gemeinde Castell, Jochen Kramer, war und ist der Erhalt von Kultur und Brauchtum. Entsprechend werden im Rahmen des Projekts „Södelbrunnen“ zum 70. Jahrestag des Anschlusses der Gemeinde an die Fernwasserversorgung Franken im Jahr 1954 die alten Quellfassungen saniert. Zudem wird etwas unterhalb an einem vorbeiführenden Wanderweg ein kleines Brunnlein zum Gedenken an diese entbehrensreiche Zeit errichtet.

Einen weiteren Förderbescheid erhielt Maria Maier, Bildende Künstlerin aus der Oberpfalz. Mit der Konzeption der Fotoausstellung „PLK Adel – Fotowerke“ setzt sie sich mit der Geschichte von 1930 bis heute anhand der Prinz Leopold Kaserne in Regensburg auseinander. **DK**

Transformation ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Sozialausgaben muss gestoppt werden. Leistungen und Standards müssen konsequent hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt werden. Präventive Maßnahmen zur Vermeidung der Inanspruchnahme von Sozialleistungen sowie zur (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt sind zu fördern. Die Mehrbelastungen durch den Transfer von geflüchteten Menschen aus der Ukraine in den Leistungsbereich der Sozialgesetzbücher II und XII müssen vollständig finanziert werden.

• Der Bund muss seiner Pflicht nachkommen, die Betriebskosten für Krankenhäuser sicherzustellen. Neben Soforthilfen muss eine Krankenhausreform des Bundes die strukturelle Unterfinanzierung beenden und die Finanzierung auf eine sichere Basis stellen.

• Die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden müssen gestärkt werden. Dies gilt insbesondere für die Gewerbesteuer. Die wichtigste Steuereinnahmequelle der Städte und Gemeinden darf nicht in Frage gestellt oder beschränkt werden. Die Absenkung der Gewerbesteuerumlage ist ein wirksames Instrument, um das Netto-Aufkommen bei den Städten und Gemeinden zu verbessern.

• Es braucht eine neue Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Um die kommunale Finanzausstattung dauerhaft zu stärken, ist ein höherer Anteil an den Gemeinschaftssteuereinnahmen ein guter Ansatz, etwa durch eine dauerhafte Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer.

• Neue Steuerentlastungsmaßnahmen dürfen nicht zu Lasten der kommunalen Ebene gehen. Gerade in der aktuellen Phase müssen Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Steuerlast einen Ausgleichsmechanismus für die Mindereinnahmen der Städte und Gemeinden enthalten. Dies muss vor allem beim angekündigten Steuerentlastungsprogramm gelten, das noch im Jahr 2025 auf den Weg gebracht werden soll.

• Beim Vollzug von Förderprogrammen ist weniger Komplexität, mehr Flexibilität und vor al-

lem mehr Vertrauen gegenüber den Kommunen angebracht. Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Ausgestaltung von Förderprogrammen sind schneller zum Abschluss zu bringen. Dabei müssen die Kommunen rechtzeitig vorher eingebunden und besser über den Stand der Verhandlungen informiert werden, damit sie ihre Planungen frühzeitig darauf ausrichten können.

Daueraufgabe Integration

Seit Jahren fordert die Daueraufgabe Integration Städte und Gemeinden. Wie Pannermayr ausführte, dürften Kommunen in ihrer Schlüsselrolle jedoch nicht überfordert werden. Denn scheitert Integration vor Ort, führe dies zu Spannungen mit populistischen Parolen.

Der Bund muss nach Auffassung des Deutschen Städtetags Zugangskontrollen und konsequente Aufenthaltsbeendigungen gewährleisten, illegale Migration eindämmen und sich auf europäischer Ebene für eine gerechtere Verteilung der Geflüchteten einsetzen. Die Voraussetzungen für den Familiennachzug seien anzupassen. Erteilungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel seien stark aufgeweicht worden, so dass etwa das Kriterium Verfügbarkeit von Wohnraum keine Rolle mehr spiele. Es gelte, strengere, an die örtlichen Realitäten angepasste Regelungen zu erlassen. Zudem müsse der Bund finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, um Integrationsmaßnahmen vor Ort dauerhaft finanzieren zu können. Auch habe er dafür Sorge zu tragen, dass die Fachkräftezuwanderung erleichtert wird.

Gravierende Folgen durch demografischen Wandel

Der demografische Wandel hat Pannermayr zufolge gravierende Folgen für Städte und Gemeinden, sei es in Geburtsstationen und Krankenhäusern, Kindergärten und Pflegeheimen, Schulen und Seniorenheimen. Der demografische Wandel verschärft den Personalmangel in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Die Kommunen

erleben Wachstumsdruck in Ballungsräumen oder rückläufige Bevölkerungsentwicklungen in strukturschwachen Regionen. Um diese „ungleichen und ungleichzeitigen Entwicklungen“ zu bewältigen, brauche es auch hier starke Städte und Gemeinden.

„Spätestens beim nächsten Hochwasser, bei Hitzerekorden, Waldbränden oder Wassermangel wird uns erneut drastisch vor Augen geführt, dass Klimaschutz und Klimaanpassung nicht vernachlässigt werden dürfen, fuhr der Städtetagschef fort: „Städte und Gemeinden leisten ihren Beitrag, aber sie müssen es sich auch leisten können. Es gilt, mit knappen Mitteln dort zu handeln, wo die Hebelwirkung für Klimaschutz und Klimaanpassung am größten ist. Die Aufgaben der Kommunen lassen sich nur erfüllen, wenn es klare Verantwortlichkeiten und Finanzierungswege gibt. Der Bund muss für eine nachhaltige Finanzierung von Maßnahmen bei Klimaschutz und Klimaanpassung sorgen. Wir brauchen keine neuen Pläne, sondern Geld für die Umsetzung.“

Zukunftsinvestitionen

Die bereits laufenden Transformationsprozesse bei Energieende und Mobilitätswende seien fortzuführen. Transformation brauche Verlässlichkeit. Dies gelte etwa für Zukunftsinvestitionen in Geothermie oder eine Stärkung des Eigenkapitals für Investitionen von Stadtwerken in Energie- und Wärmeende. Nach Berechnungen der Wirtschaft beläuft sich das Investitionsvolumen für die Energieende deutschlandweit bis 2030 auf 720 Milliarden Euro.

Städte und Gemeinden stellen eine verlässliche Verwaltung sicher und wollen Vorgänge mit neuen Technologien beschleunigen. Dafür brauchen sie stabile Rahmenbedingungen, wie der Vorsitzende erläuterte: „Der Bund muss die kommunale Perspektive berücksichtigen und Kommunen aller Größen im Blick haben. Neue digitale Verfahren können nur dann verlässlich laufen, wenn der Sachverstand aus der kommunalen Praxis frühzeitig eingebunden wird. Neue Gesetze müssen sich an den technisch möglichen digitalen Prozessen orientieren. Die

Neustart jetzt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

scheidend für die allgemeine Lebensqualität und müssten allen Menschen zugänglich sein – unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

Gerade in ländlichen Gebieten sei die Gesundheitsversorgung „akut gefährdet“, mahnt der Kommunalverband an. Die von den Landkreisen getragenen Krankenhäuser seien von entscheidender Bedeutung für deren Sicherung, doch das kürzlich beschlossene Krankenhausreformgesetz des Bundes gefährde genau diese Strukturen. Die erklärten Ziele der Reform – Entökonomisierung, Entbürokratisierung und Qualitätssteigerung – würden nicht erreicht und im ländlichen Raum oft ins Gegenteil verkehrt. Die Krankenhäuser seien weiterhin gezwungen, ihre Fallzahlen zu erhöhen, um wirtschaftlich tragfähig zu bleiben.

Neue Vorhaltebudgets

„Die neuen Vorhaltebudgets werden diesen Druck nicht mindern, da sie auf Fallzahlen vergangener Jahre basieren. Statt einer Vereinfachung wird die Krankenhausfinanzierung weiter verkompliziert, was zu steigendem Verwaltungsaufwand führt. Die angestrebte Qualitätssteigerung durch Leistungsgruppen und Qualitätskriterien wird insbesondere die Kliniken im ländlichen Raum belasten, die bereits jetzt mit Defizitausgleich im zweistelligen Millionenbereich vor nicht lösbaren finanziellen Herausforderungen stehen“, so die Landräte.

Von der neuen Bundesregierung fordern sie deshalb eine sofortige finanzielle Unterstützung zur Sicherstellung der Betriebskosten für Krankenhäuser sowie einen Transformationsfonds zur Sicherung der Liquidität. Andernfalls drohe ein schleichender Strukturwandel, der die flächendeckende Versorgung, insbesondere in der Notfallmedizin, gefährde. Die Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung erforderten ein grundlegendes Umdenken in der Finanz- und Personaleinsatzplanung. Das Augenmerk müsse stärker auf Gesundheitsförderung und Prävention gelegt werden, anstatt auf Kuration. „Zudem sollten wir diskutieren, wie Standards und Qualität gestaltet werden können, denn nicht jede Behandlung muss zwangsläufig von einem Arzt durchgeführt werden.“

Gravierende Reformen nötig

In der Pflegeversicherung und Sozialgesetzgebung sind laut Landkreistag gravierende Reformen notwendig, um Versorgungslücken zu schließen und bürokratische Hürden abzubauen. Ein integriertes System, das

Digitalisierung der Verwaltung muss stärker vereinfacht werden. Bund und Freistaat müssen ihre zentralen Angebote ausbauen, etwa für einheitliche Standards beim Datenaustausch und bei Schnittstellen.“

Vereinfachte digitale Verfahren und der Abbau von Bürokratie könnten nur gelingen, wenn die Belange von Städten und Gemeinden frühzeitig mitgedacht werden. Leider habe sich Bürokratie zunehmend zum Hemmschuh entwickelt. Die Gesellschaft müsse den Mut haben, weniger auf Einzelfallgerechtigkeit bis ins letzte Detail zu pochen. Nötig sei mehr Vertrauen statt Kontrolle. Pannermayrs Fazit: „Insgesamt haben wir kein Erkenntnisproblem, aber ein Handlungsproblem.“ Aus der „Mitte des Systems“ sei jedoch ein Neustart möglich, gab sich der Verbandschef zuversichtlich. **DK**

die verschiedenen Bereiche der Pflege und Gesundheit miteinander verbindet, sei unerlässlich, um die Qualität der Versorgung zu gewährleisten.

Dringend geboten sei zudem „eine grundlegende Korrektur der gescheiterten Migrationspolitik vergangener Bundesregierungen“. Seit Jahren strömten unkontrolliert zu viele Flüchtlinge nach Deutschland, während zu wenige abgelehnte Asylbewerber das Land wieder verlassen. Damit müsse Schluss sein. Die neue Bundesregierung müsse die Kontrolle über die Migration zurückgewinnen und sich auf eine effektive Steuerung sowie eine tatsächliche Begrenzung der Zuwanderung konzentrieren. „Unser Ziel lautet: Weniger Zustrom, mehr Rückführungen!“

Strenge Abweisungen an den EU-Außengrenzen

Um den illegalen Asylbewerberzustrom tatsächlich dauerhaft zu begrenzen, seien „strenge Abweisungen an den EU-Außengrenzen, die Durchführung von Asylverfahren schon in den Drittstaaten genauso wie eine europaweite Harmonisierung von Sozialleistungen“ erforderlich. Für die Durchführung der Asylverfahren müssten zentrale Einrichtungen geschaffen werden, die vom Bund betrieben werden. Weiterhin bestehende flüchtlingsbedingte Mehrkosten seien den Kommunen vollständig zu erstatten. Die Abschaffung des subsidiären Schutzstatus, die Einschränkung des Familiennachzugs zu Geflüchteten, die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten und das Ende freiwilliger Aufnahmeprogramme seien weitere Punkte, die zügig umgesetzt werden müssten.

Strikte Trennung von Asyl- und Arbeitsmigration

Darüber hinaus wünscht der Bayerische Landkreistag ein klares Bekenntnis zur strikten Trennung von Asyl- und Arbeitsmigration. „Insbesondere die Möglichkeit, trotz eines abgelehnten Asylantrags dauerhaft zur Arbeitsaufnahme in Deutschland zu bleiben, (,Spurwechsel‘), lehnen wir ab.“ Das Schaffen tatsächlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen sollte einen schnellen und konsequenten Vollzug der Ausreisepflicht gewährleisten. Hierzu gehöre ein funktionierendes Rückkehrsystem, das auf verbindlichen Abkommen mit den Herkunftsstaaten beruht, aus denen viele Menschen irregulär und ohne jegliche Bleibeperspektive nach Deutschland einreisen.

Das Ausländerrecht ist aus

Sicht des Verbandes „durch unzählige überstürzte und unausgegorene Gesetzesänderungen in den letzten Jahren zu einer überkomplexen Rechtsmaterie geworden. Komplizierte Vorgaben, lange Bearbeitungszeiten in den Ausländerbehörden und frustrierte Fachkräfte, die im Heimatland auf ein Einreisevisum nach Deutschland warten, sind die Folge. Dabei ist Deutschland auf eine gut gesteuerte legale Migration insbesondere von qualifizierten Arbeits- und Fachkräften angewiesen, da viele deutsche Unternehmen in einem harten internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe aus aller Welt stehen.“ Daher gelte es, das Aufenthaltsrecht von Grund auf zu entrümpeln und materiell zu vereinfachen. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sei zurückzunehmen. Die Einbürgerung sei Abschluss und nicht Zwischenschritt eines erfolgreichen Integrationsprozesses.

Ausufernde Bundesgesetze

Mit Blick auf die ausufernden Bundesgesetze in der Kinder- und Jugendhilfe und weitere finanzielle Belastungen heißt es in dem Forderungskatalog: „Wir müssen die Standards, Anforderungen und Aufgaben in der Jugendhilfe auf ein realistisches Maß reduzieren und die Handlungs- und Steuerungsspielräume erweitern. Insbesondere fordern wir eine flexiblere Gestaltung des Ganztagsanspruchs im Grundschulalter. So sollten die Angebote der Kindertagespflege insgesamt und diejenigen der Jugendarbeit zumindest in den Ferienzeiten rechtsanspruchserfüllend sein. Die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Ausländer muss – wie im Erwachsenenbereich – in staatlicher Verantwortung liegen; allein die kindeswohlorientierte Begleitung hat einen Jugendhilfecharakter. Gerade in diesem Bereich gilt, dass die in den letzten Jahren geschaffene Komplexität und Kostenintensität von Regelungen einem Realitätscheck unterzogen werden müssen.“

Schulbegleitungen sollten aus dem Eingliederungshilferecht herausgelöst und stärker ins Bildungssystem integriert werden. Insgesamt dürften die Landkreise nicht als Ausfallbürgen für unzureichend finanzierte soziale Regelleistungen und Förderprogramme fungieren. Neu geschaffene Rechtsansprüche sollten von Anfang an inhaltlich realistisch und finanziell tragfähig gestaltet werden. „Daher muss der Bund dringend z.B. die Investitionskosten beim Ganztagsanspruch im Grundschulalter mindestens bis Ende der Ausbauphase 2030 fördern und seine Betriebskostenbeteiligung merklich erhöhen.“ **DK**

Kostenexplosion bei den ambulanten Pflegediensten

Pflegebedürftige fühlen sich von der Bundesregierung über den Tisch gezogen

Von der Bundesregierung wird stolz verkündet, dass sich zum Jahresbeginn 2025 die Leistungen für Pflegegeld und Pflegesachleistungen um ca. 4,5 Prozent erhöhen. Nicht thematisiert wird hingegen die Tatsache, dass sich gleichzeitig die Beträge der einzelnen Pflegesachleistungen (im § 36 SGB IX) und der landesweite Ausbildungszuschlag (nach § 33 Abs. 4 Satz 1 Pflegeberufgesetz (PflBG)) massiv erhöhen. „Das ist ein echter Schildbürgerstreich“, erklärt der Landesvorsitzende der Senioren-Union, Staatssekretär a.D. und Altlandrat Franz Meyer.

„Das kann es nicht sein“, unterstreicht Dr. med. Christian Alex, Vorsitzender der SEN-AG Gesundheit und Pflege in der Senioren-Union. „Wenn die Pflege grundsätzlich von den Angehörigen geleistet wird und der ambulante Pflegedienst nur während der Bürozeiten eine gewisse Grundversorgung wie z.B. Windeln wechseln übernimmt, dann muss das von den

Pflegeleistungen gedeckt sein. Schon jetzt können gerade in den Ballungszentren viele Rentner ihren Lebensunterhalt nicht mehr finanzieren. Wenn jetzt auch noch monatlich mehrere hundert Euro für den ambulanten Pflegedienst hinzukommen, wird die Altersarmut dramatisch zunehmen. Das muss die zukünftige Bundesregierung korrigieren!“ **□**

Kratzer im Lack

Genossenschaftsbanken leisten europäischer Einlagensicherung Vorschub
Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Lange Zeit galten die Volks- und Raiffeisenbanken als der Hort der Stabilität. Viele Krisenzeiten haben sie in den letzten 150 Jahren überstanden, und auch die Finanzkrisen der letzten zwanzig Jahre konnten ihnen wenig anhaben. Sie mussten nie vom Staat gerettet werden, brauchten keine Steuergelder, um zu überleben und gelten als krisenrobust.

Wenn es über die Jahrzehnte doch mal irgendwo bei den Volks- und Raiffeisenbanken brannte, so war zuverlässig die eigene Feuerwehr in Form der genossenschaftlichen Familie und/oder der verbundeigenen Institutssicherung zur Stelle, um den Brand unaufgeregelt mit eigenen Mitteln und meist abseits der öffentlichen

folgreich führen. Zuletzt im Frühjahr 2024, als im ECON, dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments, das Thema kurzfristig vor Ablauf der Legislaturperiode nochmals auf die Tagesordnung rutschte. Genossenschaftsbanken und Sparkassen durften es sich als Erfolg zurechnen, dass es letztlich nicht zu einem Mandat für Trilog-Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Kommission und Rat zur Realisierung von EDIS kam.

Der Druck wächst

Aufgeschoben ist allerdings nicht aufgehoben. In Brüssel allemal nicht. Es darf als sicher gelten, dass das seit 2015 immer galt. Die europäische Einlagensicherung wird in der laufenden Legislaturperiode (irgendwann) wieder auf der Agenda der EU stehen. Der darauffolgenden Debatte werden die hiesigen Genossenschaftsbanken dieses Mal womöglich geschwächt gegenüberstehen. Denn nicht nur in Kreisen deutscher Bankenaufseher, sondern auch in Europa nimmt man ihre diversen Brennpunkte wahr. Die Kratzer im Lack sind nicht zu übersehen. Deutschlandweit sind mehrere Kreditgenossenschaften ins Trudeln geraten und benötigen Hilfsleistungen aus der verbundeigenen Institutssicherung. Beobachter schätzen, dass allein die öffentlich bekannten Fälle in Düsseldorf-Neuss, Bad Salzungen-Schmalkalden, Dortmund-Nordwest den genossenschaftlichen Rettungsfonds einen mittelpträglichen dreistelligen Millionenbeitrag kosten. Darüber hinaus ist ungewiss, was für die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken aus der Baywa-Misere folgt.

Gehäufte Krisenfälle

Was unterm Strich bleibt, ist das merklich geschwächte Kernargument der Genossen in ihrem Kampf gegen das europäische

Einlagensicherungssystem. Bislang konnte man schließlich immer auf ein gut funktionierendes Frühwarnsystem und solide Präventionsarbeit verweisen. Beides dient dem Schutz der Kundengelder und ist quasi die spezifische – bislang erfolgreiche – Form der genossenschaftlichen Einlagensicherung. Beides war über Jahrzehnte, zumindest in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung, Legende. Angesichts gehäufter Krisenfälle verblasst freilich der einstige Mythos. Damit höhlt sich – jedenfalls in den Augen derer, die für eine gemeinsame Einlagensicherung aller Banken in den Euro-Staaten werben – zunehmend das Argument aus, nach dem die Kreditgenossenschaften durch eine konservative Geschäfts- und Präventionspolitik gar nicht erst in die Situation kämen, für ihre Kunden im Falle des Krisenfalles eine Einlagensicherung zu benötigen.

Schon länger fragt sich selbst in den eigenen Reihen mancher, inwieweit die in der genossenschaftlichen Institutssicherung angesammelten Mittel künftig ausreichen, potenzielle Pannen auch in größeren (und immer größer werdenden) Kreditgenossenschaften ohne fremde Hilfe abzusichern. Zweierlei jedenfalls zeichnet sich im und für das genossenschaftliche Lager ab – zu welchem im Übrigen auch die Sparda- und PSD-Banken zählen. Zum einen wird der Unmut der Geschäftsleiter größer, die einen soliden Kurs steuern, zugleich aber in der Solidarhaftung für die Kollegen im Verbund stehen, die einen heißen Reifen fahren, indem sie hohe Geschäftsrisiken eingehen. Zum anderen leisten Letztere jenen Verfechtern einer europäischen Einlagensicherung Vorschub, die dem Sonderstatus der Institutssicherungssystemen der Verbundgruppen schon immer skeptisch gegenüberstanden.

Die Zeiten für die Kreditgenossen werden härter. Auch politisch.

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. □



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

Wahrnehmung zu löschen. Damit hatten die Kreditgenossenschaften zugleich immer dann starke Argumente auf ihrer Seite, wenn in regelmäßigen Abständen insbesondere die EU-Kommission mit Vorschlägen zu einer gemeinsamen europäischen Einlagensicherung (EDIS) um die Ecke bog. Sie konnten abwehren auf ein funktionierendes Präventionssystem verweisen, auf gut dotierte Feuerwehreffonds (Institutssicherung) und darauf, dass in der Tat noch nie ein Kunde auch nur einen Cent durch eine Bankenpleite verloren hat. Nachvollziehbar, dass sie sich mit allen politischen Mitteln dagegen wehr(t)en, in ein europäisches Einlagensicherungssystem integriert zu werden.

Über zehn Jahre konnten sie die politische Abwehrschlacht er-

Bezirkshaushalte im Freistaat:

Ein finanzieller Drahtseilakt

Die bayerischen Bezirke stehen für das Jahr 2025 – wie alle bayerischen Kommunen – vor den größten finanziellen Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. „Bei allenfalls noch leicht steigenden Steuereinnahmen wachsen die Ausgaben vor allem im sozialen Bereich ungebremst von Jahr zu Jahr“, hob der Präsident des Bayerischen Bezirktags, Franz Löffler, hervor. Er fordert deshalb vom Bund dringende Reformen für die Finanzierung des Sozialstaates. „Der Bund beschließt viele Gesetze zur Entlastung der Bürger, die dann von den Kommunen umgesetzt und bezahlt werden müssen“, erklärte Löffler. Die Kostenlast müsse wieder gerechter verteilt werden.

Erneut angehoben werden muss die Bezirksumlage in Oberfranken: auf künftig 21,3 Hebesatzpunkte. „Eine schmerzhaft, aber notwendige Entscheidung“, betonte Bezirkstagspräsident Henry Schramm. „Acht Jahre lang hatten wir den niedrigsten Umlagesatz aller Bezirke. Jetzt ist der Punkt erreicht, an dem wir handeln müssen, um weiterhin handlungsfähig zu bleiben.“

Steigende Sozialkosten

Trotz erheblicher wirtschaftlicher Herausforderungen, steigender Sozialausgaben und notwendiger Investitionen konnte ein ausgeglichener Haushalt verabschiedet werden. Mit einem Gesamtvolumen von 588,7 Mio. Euro steigt der Haushalt des Bezirks Oberfranken im Vergleich zum Vorjahr um 9,4 Prozent. Fast 94 Prozent des Verwaltungshaushalts fließen in soziale Aufgaben – insbesondere in die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftigen sowie Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Trotz der angespannten Haushaltslage setzt der Bezirk seine Investitionsprojekte fort. Besonders im Fokus stehen die Modernisierung und der Ausbau von Gesundheitseinrichtungen, um eine bestmögliche Versorgung für Patienten sowie attraktive Arbeitsbedingungen für das Personal sicherzustellen. So sind in den kommenden Jahren (2025-28) 11,4 Mio. Euro Investitionen in Baumaßnahmen im Klinikbereich vorgesehen. 4,6 Mio. Euro wendet der Bezirk als Träger für den Neubau der Klinikschule an der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bayreuth auf, 4,3 Mio. Euro sind als Investitionskostenzuschüsse für soziale Einrichtungen in Oberfranken eingeplant. Zudem wer-

den mit mehr als 5,6 Mio. Euro kulturelle und gesellschaftliche Projekte unterstützt.

Einen Rekordhaushalt mit einem Gesamtvolumen von 1,1 Mrd. Euro beschloss der Bezirkstag von Unterfranken. Der Kameralhaushalt wird für 2025 mehr als 646 Mio. Euro betragen, für die Krankenhäuser und Heime ist ein Volumen von fast 420 Mio. Euro veranschlagt. Von den Bezirksausgaben fallen 553 Mio. Euro auf Sozialleistungen. Das macht rund 90 Prozent der Ausgaben aus. Trotz der höheren Ausgaben beträgt die Bezirksumlage 20 Prozent – der niedrigste Wert aller Bezirke im Freistaat.

Rücklagen auf gesetzlichem Minimum

Bezirkstagspräsident Stefan Funk machte deutlich, dass der Haushalt vor allem auch mit Blick auf die Umlagezahler kalkuliert wurde. „Wir haben in diesem



Franz Löffler. Bild: Bezirk Oberpfalz

Jahr die Rücklagen auf das gesetzliche Minimum abgeschmolzen, um die Umlagezahler direkt zu entlasten“, erläuterte Funk.

Das sei auch deswegen gelungen, weil der Freistaat Bayern nach einem Brandbrief aller sieben Bezirkstagspräsidenten die sogenannten Finanzausgleichsmittel für Unterfranken um zwölf Mio. Euro auf insgesamt 126 Mio. Euro erhöht hatte.

Neuer Rekordwert

Mit einem Gesamtvolumen von über 1,24 Mrd. Euro (plus 135,9 Mio. Euro) hat auch der Haushalt des Bezirkstags von Mittelfranken einen neuen Rekordwert erreicht. Der Verwaltungshaushalt beläuft sich auf über 1,21 Mrd. Euro. Mit einem Volumen von über einer Milliarde Euro beträgt der Anteil des Sozialanteils, aus dem rund 35.000 Menschen unterstützt werden, am Verwaltungshaushalt rund 88,6 Prozent. Größter Ausgabeposten sind hier die stark angestiegenen Kosten der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung in Höhe von 670,4 Mio. Euro, gefolgt von den ebenfalls massiv gestiegenen Ausgaben für die Hilfe zur Pflege in Höhe von 179,7 Mio. Euro.

Erhöhungen trotz aller Sparanstrengungen

Laut Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster geht es nun darum, die „gewonnenen Errungenschaften des Sozialstaats zu stabilisieren“. Aufgrund des starken Ausgabenzuwachses im sozialen Bereich kamen die Mitglieder des Bezirkstags trotz aller Sparanstrengungen nicht an einer Erhöhung des Prozentsatzes der Bezirksumlage um 2,47 Hebesatzpunkte auf 25,9 Prozent vorbei. Die Einnahmen daraus belaufen sich damit auf 796,2 Mio. Euro. Der Vermögenshaushalt ist mit 34,2 Mio. Euro veranschlagt. Hier sind neue Kreditaufnahmen in Höhe von 25,3 Mio. Euro geplant. Zudem hat der Bezirkstag den Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben um 50 Mio. Euro auf nun 200 Mio. Euro angehoben.

Finanzieller Kraftakt auch beim Bezirk Oberpfalz: Der Gesamtetat einschließlich des Anteils der medizinischen Einrichtungen des Bezirks (medbo) erreicht die Rekordmarke von rund 930 Mio. Euro. Das Gesamtvolumen des Bezirks beträgt 649 Mio. Euro – im vergangenen Jahr waren es noch 569 Mio. Euro. Aufgrund nur noch leicht steigender Steuerein-

(Fortsetzung auf Seite 6)

RENEXPO INTERHYDRO

[27. – 28. März 2025]

Fachmesse für Wasserkraft

www.renexpo-interhydro.eu



Messezentrum Salzburg

Ein finanzieller ...

(Fortsetzung von Seite 5)

nahmen und ungebremst wachsender Ausgaben im Sozialbereich erhöht sich der ungedeckte Bedarf um 76 auf 432 Mio. Euro. „Um alle Aufgaben erfüllen zu können, ist es unumgänglich, die Bezirksumlage um 3,9 Prozentpunkte auf 23,2 Prozent anzuheben. Diese herausfordernde Situation kann die kommunale Familie nur gemeinsam lösen“, stellte Bezirksratspräsident Franz Löffler fest.

Der Verwaltungshaushalt umfasst 644,5 Mio. Euro, davon entfallen 609,6 Mio. Euro auf den Sozialetat (Vorjahr: 526,8 Mio. Euro). „Das sind 95 Prozent der Gesamtausgaben“, so Löffler. Für die Eingliederungshilfe sind 391,7 Mio. eingeplant, für die Hilfe zur Pflege 112,2 Mio. Euro. Um der Kostenentwicklung entgegenzuwirken, müssten die Leistungen in der Sozialhilfe auf den Prüfstand. Ein wichtiges Beispiel sei der Sockel-Spitze-Tausch, wonach bedürftige Heimbewohner künftig den Sockel bezahlen sollen, alles darüber sollte die Pflegeversicherung übernehmen. Weiter nannte der Präsident Pooling bei der Schulbegleitung, Bürokratieabbau und Steuermöglichkeiten in der Eingliederungshilfe.

Investitionen trotz finanzieller Schiefelage

Zu den größten Investitionen des Bezirks zählen 2025 die Planung für ein Großobjektedepot im Freilandmuseum in Neusath-Perschen sowie die Sanierung des Orientalischen Badetempels im Sybillenbad in Neualbenreuth. Im Haushalt sind keine neuen Stellen vorgesehen. Im Bereich Kultur, Denkmal und Fischerei bleiben die Ausgaben stabil.

In Niederbayern steigt der Bezirksumlagesatz heuer um 1,4 Prozentpunkte auf 21,4 Prozent. Ursprünglich war eine Umlagerhöhung um 1,7 Prozentpunkte vorgesehen.

Bezirksratspräsident Dr. Olaf Heinrich bezeichnete den Haushalt als „vernünftiges Paket“ in schwierigen Zeiten. „Wir müssen die Bezirksumlage weniger stark erhöhen als ursprünglich erwartet. Das ist ein wichtiges Zeichen an die kommunale Familie, aber kein Grund für Jubel. Mit Blick auf unsere finanzielle Lage, auf die finanzielle Lage aller Bezirke und Kommunen, stehen wir vor herausfordernden Zeiten, die sich ohne wegweisende Reformen zu echten Krisenjahre entwickeln können.“ Der Gesamthaushalt für den Bezirk Niederbayern hat ein Volumen von 969,4 Mio. Euro. Das Volumen des Verwaltungshaushalts beträgt 648,8 Mio. Euro und steigt damit im Vergleich zum Vorjahr um rund 69,4 Mio. Euro. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung ist der starke Kostenzuwachs im Bereich der Sozialhilfeausgaben. Sie betragen heuer 586 Mio. Euro, was einen höheren Zuschussbedarf von 33,2 Mio. Euro nach sich zieht. Gleichzeitig sinkt die steuerliche Umlagekraft um 1,8 Prozent. Dies führt zu fehlenden Einnahmen für den Bezirk Niederbayern von rund 6,9 Mio. Euro. Alle anderen bayerischen Bezirke verzeichnen wenigstens leicht positives Wachstum. Der Vermögenshaushalt sieht Ausgaben von insgesamt knapp 35 Mio. Euro vor, rund 17 Mio. Euro mehr als noch 2024. Davon entfallen etwa rund 4,1 Mio. Euro auf notwendige Baumaßnahmen und 5,8 Mio. Euro auf Investitionszuschüsse. Rund zwei Mio. Euro müssen für den Erwerb von beweglichen Sachen und immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens aufgebracht werden.

Der oberbayerische Bezirksrat meldet einen Rekordhaushalt für 2025 von 2,9 Mrd. Euro (plus

4,2 Prozent zu 2024). Rund 92,5 Prozent fließen in die Sozialen Leistungen des Bezirks, bei denen sich jährlich die Kosten spürbar erhöhen. Die Bezirksumlage wächst nach drei gleichbleibenden Jahren mit 22 Prozentpunkten um 1,55 auf nunmehr 23,55 Prozentpunkte. Zudem ist 2025 die Aufnahme von Krediten in Höhe von 26,2 Mio. Euro geplant.

Bezirksratspräsident Thomas Schwarzenberger zufolge „ist die Erhöhung der Bezirksumlage notwendig, da die Umlagekraft gegenüber dem Vorjahr nur um 1,4 Prozent gestiegen ist. Wenn man sich nun überlegt, wie sich demgegenüber die Ausgaben entwickeln, sieht man, dass das nicht ausreicht.“

Dem Hebesatz von 23,55 Prozentpunkten liegt ein ungedeckter Bedarf von 2,35 Mrd. Euro zugrunde (plus 185,4 Mio.). 394,4 Mio. Euro fließen dem Verwaltungshaushalt durch Einnahmen sowie durch die Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 50,4 Mio. Euro zu. Daraus ergibt sich ein Volumen von 2,80 Mrd. Euro im Verwaltungshaushalt. Für 2025 rechnet die Kämmererei im Sozialhaushalt wegen der hohen allgemeinen Preissteigerungen mit Ausgaben in Höhe von rund 2,7 Mrd. Euro – ein Plus von 6,8 Prozent. Auf die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege entfallen 419 Mio. Euro – mit 44 Mio. Euro ebenfalls ein deutlicher Anstieg gegenüber 2024.

Für Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen gibt der Bezirk heuer rund 1,65 Mrd. Euro aus (plus 110 Mio. Euro). In Hilfen für Kinder mit Behinderungen im Vorschul- und Schulalter fließen etwa 454 Mio. Euro (plus 45,1 Mio.). Die Leistungen für Erwachsene betragen 1,16 Mrd. Euro, ein Zuwachs von 61,5 Mio. Euro gegenüber 2024.

Rekordhaushalt auch in Schwaben

Auch der Bezirksrat von Schwaben verabschiedete einen Rekordhaushalt. Der Großteil des Gesamtvolumens in Höhe von 1,1 Mrd. Euro entfällt auf den Verwaltungshaushalt, der 2025 rund 1,08 Mrd. Euro umfasst. Nachdem der Bezirk in den vergangenen beiden Jahren den Hebesatz seiner Umlage um insgesamt 1,7 Prozentpunkte gesenkt hatte, stimmen die Bezirksräte für eine Erhöhung um 3,8 Prozentpunkte auf nunmehr 25 Prozent. Zudem sollen 2025 Kredite in Höhe von rund 11 Mio. Euro aufgenommen werden.

Der Sozialbereich macht rund 94 Prozent des Verwaltungshaushalts aus und beträgt heuer rund 1,02 Mrd. Euro – im Vergleich zum Vorjahr (924 Mio. Euro) bedeutet das ein Plus von rund 10 Prozent. „Unser Haushalt ist auf Kante genäht“, stellte Bezirksratspräsident Martin Sailer fest. Dass der Bezirk Schwaben heuer Kredite aufnehmen, um seinen Umlagezahlern Raum und Luft zu verschaffen, sei gerechtfertigt. Schließlich sei es „eher wahrscheinlich als unwahrscheinlich“, dass der Hebesatz der Bezirksumlage 2026 weiter steigen werde. Im Bereich der freiwilligen Leistungen wie der Kulturpflege oder der europäischen Partnerschaftsarbeit habe der Bezirk gespart, wo es möglich sei. Es sei jedoch nicht gekürzt geworden. „Mit unseren kulturellen Aufgaben erfüllen wir einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie“, unterstrich Sailer.

Dem Bayerischen Landesamt für Statistik zufolge wird die Umlagekraft 2025 in Bayerisch-Schwaben um 0,8 Prozent wachsen. Sie liegt damit unter dem bayerischen Durchschnitt von 1,4 Prozent. **DK**

Staatsminister Füracker:

Sicherheit und Entbürokratisierung durch Digitalisierung

„In Bayern nehmen wir IT-Sicherheit und digitale Zukunft sehr ernst – wir arbeiten intensiv daran, diese stets sicher zu gestalten“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker beim Start des neuen Forschungsprojekts „HeCKI“ in Amberg, das in enger Kooperation mit dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden erfolgt. „Das Projekt hilft, KI-Bedrohungen zu erkennen und innovative Lösungen zu entwickeln, die unsere Gesellschaft schützen“, so Füracker.

Laut Bernd Geisler, Präsident des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, „setzen wir mit dem Start des Forschungsprojekts einen wichtigen Schritt, um die Sicherheitsstandards im Freistaat langfristig optimieren und verbessern zu können. Durch die Analyse von Möglichkeiten, die KI potenziellen Angriffen bietet, wollen wir wertvolle Erkenntnisse gewinnen, um Angriffsmuster besser bewerten und gezielte Maßnahmen sowie Handlungsempfehlungen ableiten zu können. Unser Ziel ist es, nicht nur defensiv zu agieren, sondern proaktiv die IT-Sicherheit der IT-Systeme Bayerns zu stärken.“

Prof. Dr. Clemens Bulitta, Präsident der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden, ergänzte: „Digitale Souveränität und IT-Sicherheit sind die wesentlichen Grundlagen für die erfolgreiche digitale Transformation unserer Gesellschaft. Wir freuen uns daher sehr, unsere bewährte Partnerschaft mit dem Staatsministerium

Kommunales GIS-Forum 2024:

Geoinformation in Zeiten des Wandels

Von der Klima- und Energiewende bis zum Krisenmanagement: Groß war das thematische Spektrum des Kommunalen GIS-Forums 2024 in Neu-Ulm, an dem rund 120 Gäste aus Verwaltung, Wissenschaft und Unternehmen teilnahmen. Die Geo-IT ist für Verwaltungen unverzichtbar, wollen sie eine bessere Qualität in ihren Digitalisierungsbestrebungen erzielen.

„Wichtig ist die Kommunikation, was GIS leisten kann“, stellte Neu-Ulms Oberbürgermeisterin Katrin Albeister fest. Für sie stehen dahinter neue Impulse und inspirierende Ansätze für Städte und Kommunen in Zeiten des Wandels. Einen solchen Impuls setzt Neu-Ulm mit einem Leuchtturmprojekt zur Umsetzung barrierefreier Webkarten in der Stadt. Das Projekt wird in enger Kooperation mit dem Runden Tisch GIS durchgeführt und sorgte bereits beim Kommunalen GIS-Forum 2023 in Ulm für Aufsehen.

Mittlerweile ist eine Webanwendung „Neu-Ulm Barrierefrei“ entstanden, die Florian Rüggenmann von der Stadt Neu-Ulm vorstellte. Ein wichtiger Meilenstein im Rahmen des Projekts ist nach seinen Ausführungen die Sprachausgabe für die Umgebungskarte mit wichtigen Informationen für blinde und sehbehinderte Menschen. Die zur Verfügung gestellten Sprachinhalte finden bei Öffnungszeiten an und hören bei der Entfernung zu einem Objekt oder der Möglichkeit, Feedback zu geben, noch nicht auf.

Wolfgang Bauer, Vorstandsmitglied des Runden Tisch GIS und Leiter der Abteilung Digitalisierung, Breitband und Vermessung beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, zeichnete unter anderem den Weg zum digitalen Zwilling Bayerns nach. Für ihn ist der digitale Zwilling die Summe aller Angebote und Initiativen. Anwendern würden Möglichkeiten einer einfachen Datenverwendung oder des Datendownloads, sowie zur Einbindung von Echtzeit- und Sensordaten geboten. Als praktisches Anwenderbeispiel nannte Bauer den BayernAtlas – verstanden als „ganz Bayern in Karte und Luftbild“. Aktu-

der Finanzen und für Heimat weiter zu vertiefen und im gemeinsamen Forschungsprojekt „HeCKI“ unsere Expertise einzubringen.“

LSI als Partner der Kommunen

Nach Angaben Fürackers habe Bayern die Gefahr, die von Cyberkriminellen ausgeht, früh erkannt und mit dem LSI als erstes Bundesland eine eigenständige Fachbehörde für IT-Sicherheit gegründet. Zentrale Aufgabe des LSI sei der Schutz der bayerischen staatlichen IT-Systeme sowie des Bayerischen Behördennetzes und des Bayernservers. Daneben stehe das LSI als spezialisierter und individueller Berater Kommunen und öffentlichen Betreibern kritischer Infrastrukturen, wie z.B. Kliniken, Trinkwasserversorgern und Stadtwerken, bei allen Themen in Fragen der IT-Sicherheit zur Seite. Durch die Erkenntnisse des Projekts könnten die Maßnahmen und Unterstützungen weiter gestärkt werden. Die OTH Amberg-Weiden sei seit vielen Jahren in der KI-Forschung ak-

tiv und biete ein umfangreiches Studienangebot sowie zahlreiche Forschungsinitiativen, die im Innovations- und Kompetenzzentrum Künstliche Intelligenz (IKKI) gebündelt sind. Als Mitglied der Kooperationsplattform KI Campus Ostbayern würden der regionale Austausch und die Zusammenarbeit gefördert. Um dieses Wissen zielgerichtet zu vermitteln, könne die OTH Amberg-Weiden auf die Expertise des E-Learning Medienlabors zurückgreifen. Dieses wurde 2017 im Rahmen des Lernlabors Cybersicherheit gegründet und habe seitdem bereits zahlreiche Experten aus ganz Deutschland dabei unterstützt, ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse in interaktive Lernformate zu überführen.

Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0

„Auf Erfolgskurs“ sieht Füracker die Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0: „Wir haben über 60 Maßnahmen identifiziert, um Bayerns Kommunen fit für die digitale Zukunft zu machen. Ab jetzt bauen wir Bayerns Kommunen gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden flächendeckend zu volldigitalen Ämtern aus. Ob Baugenehmigung, Kfz-Zulassung oder Wohnsitzanmeldung: Vom Erstantrag bis zum finalen Bescheid wird die Kommu-

genommen werden? Für Walker steht ein weiterer Mehrwert durch die Verwendung des digitalen Zwillings im Zentrum, nämlich der zur Beantwortung der zentralen Frage: „Woher kommt die Energie für ein Quartier?“

Dr. Ulrich Huber, Landratsamt Cham, informierte wiederum über Bestrebungen zur „Energiewende im Landkreis Cham mit Virtual Reality“. Huber thematisierte neben der planerischen Dimension des sogenannten Windan-Land-Gesetzes für Bayern auch die damit einhergehenden Eingriffe in die Natur. Erforderlich sei eine Folgeabschätzung, die im Landkreis Cham zum einen mittels virtueller Realitäten (VR) mit amtlichen Geodaten und GIS-Lösungen erfolge. Hierbei würden beispielsweise Turbinen-Modelle in die virtuelle Umgebung eingebunden, um das Landschaftsbild und die Fernwirkung im Vorfeld besser abschätzen zu können. Die Visualisierungsmöglichkeiten fänden mittels diverser Endgeräte wie Computer, Smartphones oder VR-Brillen statt.

Virtual Reality im Landkreis Cham

Zum anderen setzt der Landkreis laut Huber auf Augmented Reality (AR), um durch erweiterte Realitäten einen möglichst realitätsnahen Eindruck von künftigen Planungen zu vermitteln. Der Experte verwies in diesem Zusammenhang auf das interdisziplinäre Forschungsprojekt „ENVIKO“, die „Partizipative Energiewende-Visualisierung und Kommunikation“. Auf den entsprechenden Projektseiten heißt es: „ENVIKO entwickelt und implementiert experimentelle Visualisierungs- und Kommunikationsanwendungen für interaktiven Austausch zwischen Bürgern, um Beteiligungshürden und Umsetzungshemmnisse in der Energiewende zu überwinden.“ Mit Blick auf die digitalen Lösungen bilanzierte Huber: „Man wird die gesellschaftlich geforderten Energiequellen in unseren Land-

nikation online, schnell und bürokratiearm erfolgen“, machte der Minister deutlich.

Für dieses Ziel müssten die Kommunen durch die zentralen Leistungen eines einheitlichen kommunalen IT-Dienstleisters unterstützt werden. „Diesen bringen wir bis Ende 2025 auf den Weg. Wir bündeln so Aufgaben, wo es zweckmäßig ist, und machen den IT-Betrieb für Kommunen wirtschaftlicher, effizienter und zugleich datensicherer. Alle an den IT-Dienstleister sukzessive angeschlossenen Kommunen werden unkompliziert auf dessen Anwendungen zugreifen können“, kündigte der Minister zur ab dem Frühjahr startenden neuen Umsetzungsphase an, mit der die Arbeit der Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 bis Ende 2025 fortgesetzt wird.

„Damit die Ende-zu-Ende-Digitalisierung der Kommunen gelingt, müssen wir den Zugang für unsere Bürgerinnen und Bürger so effizient wie nur möglich gestalten. Sich online sicher auszuweisen, muss so einfach und selbstverständlich werden, wie es das Bezahlen im Internet bereits heute ist“, fuhr Füracker fort und ergänzte: „Mit den weitreichenden Identifikationsmöglichkeiten über unsere Steuer- und Software ELSTER – made in Bavaria – trägt der Freistaat bereits eine wichtige Lösung bei. Neben ELSTER zünden wir jetzt auch den Bayern-Turbo für die eID-Funktion des Personalausweises. Der Bund hat hier mit der Abschaffung des kostenfreien PIN-Rücksetzung auf dem Postweg entscheidend gebremst, obwohl eine große Zahl an Online-Interessierten ihre hierzu nötige PIN oft nicht kennt. Wir wollen die eID-Funktion jetzt bekannter machen und Hürden für die Rücksetzung der nötigen PIN für eine bürgerefreundliche und modernere Verwaltung in Bayern abbauen.“

Noch interessanter werde die neue Möglichkeit zur Identifikation per Smartphone durch das europaweit standardisierte und vom Bund in Deutschland eingeführte „EUDI-Wallet“. **DK**

schaftsbildern sehen. Hierzu sind realitätsnahe Visualisierungen mithilfe von 3D-Geoinformationssystemen im Vorfeld konkreter Planungen unerlässlich.“

Weitere Vorträge wie „KI-Lösungen für den einfachen Zugang zu geobasierten Energiedaten in München“ von Konstantin Brenner, Landeshauptstadt München, und Khaoula Kanna, Lehrstuhl für Geoinformatik, TU München, rundeten den Themenstrang ab. Im Zentrum der Ausführungen stand das EU-Projekt ASCEND (Accelerate Positive Clean Energy Districts). Das Projektziel für München lautet: Das Quartier Harthof im Norden der Metro-pole soll in den kommenden fünf Jahren zu einem energiepositiven Stadtteil umgebaut werden. Will heißen: Stadtviertel und Quartiere sollen künftig mehr Energie erzeugen, als sie verbrauchen.

Zum Thema „Geofahren in Bayern – Ereigniskataster, Gefahrenhinweiskarte und Starkregenereignisse“ referierte Thomas Gallemann vom Bayerischen Landesamt für Umwelt. Auch in seinem Umfeld wird der BayernAtlas angewendet, um beispielsweise Hochwasserschutzanlagen und Hochwasserereignisse abzubilden, oder auch Natur- und Landschaftsschutzgebiete darzustellen. Demnächst wird die Geofahrenhinweiskarte für ganz Bayern zur Verfügung stehen, in der auch kleinräumige Vorkommnisse wie Dolinen oder Sackungen enthalten sind. Seine Warnhinweise zum Krisenmanagement verknüpfte Gallemann mit einem Aufruf, Ereignisse zu melden. Denn die Daten seien immer nur so gut und aktuell, wie die Informationen, die das Bundesamt erhält. **DK**

Landkreis Regensburg:

Startschuss für innovatives Denkmal-Projekt

Anfang Januar ging die MONUMENTA-Web-App online. In Anwesenheit von Staatsminister Albert Füracker wurden im Schloss Alteglofsheim die ersten Inhalte freigeschaltet. Das bundesweit einzigartige Pilotprojekt nutzt digitale Technik, um zeitgemäß über das wertvolle Baukulturerbe in Landkreis und Stadt Regensburg zu informieren.

Ziemlich genau ein Jahr nach dem Projektstart können Nutzerinnen und Nutzer nun zunächst die Denkmäler des südlichen Landkreises Regensburg erkunden. Das Schloss Alteglofsheim, das preisgekrönte Bauernhaus in Weillohe, das Roflach-Marterl in Buchhausen – diese und alle anderen Denkmäler sowie weitere erhaltenswerte Gebäude wurden dafür systematisch erfasst.

Novum in der Region

Das Besondere an der MONUMENTA-Web-App ist, dass sie einen vielschichtigen Zugriff auf fachlich fundiertes Wissen ermöglicht. Sie gewährt nicht nur einen raschen Überblick über die wichtigsten Informationen zur jeweiligen Bau- und Kunstgeschichte, sondern bietet auch Platz für weiteres Ma-

terial, um in die Tiefe zu gehen – und zwar multimedial: Neben ausführlicheren Texten und umfangreichen Fotogalerien werden sukzessiv auch verschiedene Medien wie Pläne, Rekonstruktionen, Audios, Videos und 3D- bzw. 360°-Ansichten integriert werden. Anders als etwa bei gedruckten Publikationen kann das präsentierte Wissen dabei stets aktualisiert und vermehrt werden. Ein solch umfassendes digitales Angebot zum Thema Baukulturerbe für eine ganze Region existierte bisher noch nicht.

Verknüpfung von Historie und moderner Technik

Ein erster Meilenstein für das ambitionierte Projekt wurde mit der Freischaltung der Gemeinden Alteglofsheim, Aufhausen, Barbing, Hagelstadt,

Köfering, Mintraching, Mötzing, Neutraubling, Obertraubling, Pentling, Pfakofen, Pfatter, Riekofen, Schierling, Sünching und Thalmassing gesetzt. „All dieses Wissen zugänglich zu machen, fördert gleichzeitig die Wertschätzung unseres baukulturellen Erbes und die Identifikation mit unserer Heimat“, betonte Landrätin Tanja Schweiger bei ihrer Begrüßung. „Das Pilot-Projekt verknüpft Historie und moderne Technik. Ich bin sehr stolz darauf, dass der Landkreis Regensburg hier eine Vorreiterrolle einnimmt.“ Umgesetzt wird das Projekt vom Landkreis Regensburg unter Federführung von Kulturreferent Dr. Thomas Feuerer, der auch die Idee dazu hatte. Maßgeblich gefördert wird es durch das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. Staatsminister Albert Füracker war es auch, der symbolisch den Knopf betätigte, um MONUMENTA erstmals freizuschalten.

„Heute ist ein besonderer Tag für die Kultur und das baukulturelle Erbe unserer Region: Die MONUMENTA-Web-App wird

freigeschaltet! Das vom Finanz- und Heimatministerium mit 300.000 Euro geförderte Pilotprojekt ermöglicht, das wertvolle Erbe im Landkreis Regensburg auf eine völlig neue Art und Weise zu erleben! Mit der App können als Erstes rund 259 denkmalgeschützte Objekte im südlichen Landkreis digital erkundet werden – sei es Alteglofsheim, Aufhausen, Barbing oder Thalmassing. Informative Texte, beeindruckende Bilder und Videos sowie detaillierte 3D-Modelle machen unser historisches Erbe nicht nur sichtbar, sondern auch greifbar. MONUMENTA ist weit mehr als nur eine digitale Plattform – es ist eine Einladung, die Geschichten und die Kultur unserer Region neu zu entdecken. Mein herzlicher Dank gilt allen, die an der Realisierung dieses bundesweit einzigartigen und innovativen Projekts mitwirken“, freut sich Staatsminister Albert Füracker.

Bereichernde Web-App

Mit im Boot ist auch die Stadt Regensburg, so dass MONUMENTA den ganzen Großraum abdeckt. „Regensburg als Weltkulturerbestadt hat eine reiche Geschichte, die in Denkmälern und anderen historischen Gebäuden heute noch sichtbar ist. Dass die Hintergründe dazu in einer Web-App verfügbar gemacht werden, halte ich für eine große Bereicherung für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Besucherinnen und Besucher unserer schönen Gegend“, sagte Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer.

Ein Jahr lang haben Manfred Wilhelm und Gerhard Wilhelm Schmidt-Schönenberg vom Büro Wilhelm sowie Martin Rinner vom Landratsamt Regensburg



Initiierten feierlich den Start der Web-App MONUMENTA (v.l.): Staatsminister Albert Füracker, Landrätin Tanja Schweiger, Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, MdL Patrick Grossmann und Regierungspräsident Walter Jonas.

Bild: H.C. Wagner

an der technischen Umsetzung gearbeitet. Parallel recherchierte und schrieb Prof. Dr. Peter Morsbach Texte zu Baudenkmälern. Dr. Patrizia Camatta lieferte Inhalte zu Bodendenkmälern, während Fotograf Gerald Richter Bilder beisteuerte. Alle Fäden liefen zusammen bei Projektkoordinatorin Nadine Merk. Was sie und Dr. Thomas Feuerer in einem kurzen Vortrag zum Projekt und zur Web-Anwendung erklärten, konnten die anwesenden Gäste, darunter auch viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der südlichen Landkreisgemeinden, nach der Freischaltung gleich selbst auf ihren Smartphones ausprobieren.

Auch Regierungspräsident Walter Jonas, Kulturreferent Wolfgang Dersch, Bezirksheimatpfleger Dr. Tobias Appl, Johann Hillger vom Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung sowie Dr. Rudolf Neumaier vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege ließen es sich

nicht nehmen, bei der Auftaktveranstaltung dabei zu sein. Zu den weiteren Projektpartnern und Unterstützern gehören die OTH und die Universität Regensburg sowie das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege.

Das MONUMENTA-Projekt wird im Rahmen der Heimat-Digital-Regional-Förderrichtlinie gefördert und ist auf drei Jahre ausgelegt. Anschaulich, fundiert und frei zugänglich leistet die digitale Denkmalplattform einen zeitgemäßen Beitrag zur Wissensvermittlung und zum Schutz des baukulturellen Erbes – im Sinne von Verhaltensforscher Konrad Lorenz, der sagte: „Man liebt nur, was man kennt und man schützt nur, was man liebt.“

Nach den Gemeinden des südlichen Landkreises werden bis Anfang 2026 die restlichen Landkreis-Gemeinden bearbeitet, aber auch weitere Inhalte stetig ergänzt. Den Abschluss wird Ende 2026 die Freischaltung der Stadt Regensburg bilden. □

VITAKO zur Förderung der Digitalisierung in Deutschland:

Kernpunkte für erfolgreiche Umsetzung

Die Digitalisierung verlangt ein gemeinsames Handeln von Kommunen, Ländern, Bund und EU. Nur durch klare Prioritäten, ausreichende Investitionen und die Beseitigung von Barrieren kann Deutschland eine führende Rolle in der digitalen Transformation übernehmen. VITAKO, die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, hat nun wesentliche Kernpunkte für eine erfolgreiche flächenwirksame Umsetzung der Digitalisierung in Deutschland benannt.

Da Kommunen bei 80 Prozent der Verwaltungsleistungen die ersten Anlaufstellen für Bürger und Unternehmen sind, müssen laut VITAKO neben Städten und Gemeinden auch kommunale Spitzenverbände und kommunale IT-Dienstleister als zentrale Akteure frühzeitig in alle strategischen Entscheidungsprozesse zum Bürokratieabbau und zur Digitalisierung eingebunden werden. Um eine verlässliche, langfristige und angemessene finanzielle Grundlage für die Digitalisierung der kommunalen Verwaltung sicherzustellen, sollte ein höherer Steueranteil für Kommunen angestrebt werden, der gezielt für die Entwicklung und den Betrieb moderner IT-Infrastrukturen sowie für digitale Verwaltungsdienste eingesetzt werden kann. Hierbei sei vor allem die interkommunale Zusammenarbeit finanziell stärker zu berücksichtigen.

Bund und Länder sollten zudem gezielte Förderprogramme und Investitionen bereitstellen, um moderne IT-Infrastrukturen und Dienstleistungen flächendeckend auszubauen und zu sichern. Dabei sei der Schwerpunkt nicht auf isolierte Leuchtturmprojekte, sondern auf eine umfassende Digitalisierungsinitiative zu legen, die alle Regionen gleichermaßen erreicht. Die vom IT-Planungsrat eingeforderte engere Zusammenarbeit der öffentlichen IT-Dienstleister in Deutschland müsse auch weiterhin auf unternehmerischer Basis ermöglicht werden; rechtliche Hemmnisse im Vergabe-, Kartell- und Umsatzsteuerrecht seien zu beseitigen. Die Zusammenarbeit über alle Ebenen hinweg müsse verstärkt werden durch die Förderung offener, standardisierter Plattformen für interföderale Digitalisierungsvorhaben, etwa im Bereich der KI.

Einheitliche Standards und klar voneinander abgegrenzte und transparente Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und

Kommunen sind nach Auffassung der Kommunalen IT-Dienstleister essenziell, um die Digitalisierungsprojekte der öffentlichen Verwaltung auf allen föderalen Ebenen effizient und nachhaltig umzusetzen. Eine koordinierte Governance fördere interkommunale Zusammenarbeit und beschleunige die Digitalisierung. „Hierzu ist es notwendig, die Digitalisierung zur Chefsache der neuen Bundesregierung zu machen und die Richtlinienkompetenzen klar im Kanzleramt oder einem Digitalministerium mit umfassenden Rechten zu verorten“, heißt es.

Verwaltungen entlasten

Darüber hinaus seien Verwaltungsabläufe vollständig digitalisiert und medienbruchfrei durch Ende-zu-Ende-Prozesse plattformbasiert abzubilden. Auch bedürfe es verbindlicher Standards und Schnittstellen für eine bestmögliche Interoperabilität von Daten und Anwendungen. Alle Beteiligten, darunter kommunale IT-Dienstleister und Fachverfahrenshersteller, müssten umfassend und frühzeitig in Konzeption und Durchführung eingebunden werden. Dies entlaste die Verwaltungen und ermögliche den Bürgern sowie Unternehmen schnellere und einfachere Antragsprozesse.

Eine umfassende, spätestens innerhalb eines Jahres nach der Regierungsbildung erstellte Master-Strategie muss aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft alle relevanten Akteure aus Verwaltung, Wirtschaft, Bildung und Forschung einbeziehen, um unabhängige Technologien und datenschutzkonforme Infrastrukturen zu entwickeln. Europäische Initiativen sollten nicht nur unterstützt, sondern aktiv vorangetrieben werden, um die globale digitale Präsenz und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Europas auch durch wirtschaftliche Un-

abhängigkeit weiter zu stärken.

Kommunen müssten überdies verstärkt mit staatlichen Akteuren wie dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), der Bundeswehr und den Katastrophenschutzbehörden kooperieren, um die gesamtgesellschaftliche Resilienz im Krisen-, Katastrophen- oder Kriegsfall zu gewährleisten. „Die öffentliche Verwaltung trägt besondere Verantwortung, da sie hochsensiblen Daten von Bürgern, Unternehmen und Institutionen verwaltet. Daher sind verbindliche, einheitliche und hohe Sicherheitsstandards auf allen Ebenen unerlässlich, um die Sicherheit dieser Daten zu gewährleisten.“

Der zielgerichtete Einsatz von Open-Source-Lösungen muss laut VITAKO insbesondere bei Greenfield-Projekten (Neuentwicklungen ohne bestehende Abhängigkeiten) vorangetrieben werden, um Innovation, Transparenz und Interoperabilität zu fördern. Im Sinne der Förderung einer eigenen EU-weiten IT-Industrie sollten insbesondere Wirtschaftsteilnehmer gefördert werden, die auf Basis von Open Source Software Wartung und Pflege anbieten, um hoch professionelle SW-Entwicklung und IT-Betrieb zu ermöglichen.

Bevor neue Maßnahmen wie Gesetze, Verordnungen etc. ergriffen werden, sollte im Sinne einer ökonomischen Gesamtbetrachtung eine (Digitale-)Rendite im Vordergrund stehen; es dürften keine Maßnahmen mehr beschlossen werden, deren analoge oder digitale Prozesskosten höher sind als der eigentliche Maßnahmeneffekt. Eine digitale Umsetzbarkeit müsse als Rechtsanspruch etabliert und durch einen verpflichtenden Digital-Check geprüft werden.

Rechenzentren (RZs) und digitale Anwendungen, insbesondere im Bereich Künstliche Intelligenz (KI), sollten darüber hinaus stärker auf die Ziele der Agenda 2030 ausgerichtet werden. Dazu zählen die Förderung energieeffizienter Technologien, der Umstieg auf erneuerbare Energien und die ressourcenschonende Gestaltung von RZs, etwa durch modulare Bauweisen, Hardware-Wiederverwendung und die Nutzung von Abwärme. DK



BayWa

Winterdiensttechnik in Spitzenqualität.

Mit unseren starken Partnern: Kugelmann Streuer und Schneepflüge, Hydrac Schneepflüge, Wiedenmann Kompaktschneepflüge und Westa Schneefräsen.

Fragen Sie uns jetzt nach Ihrem persönlichen Angebot und sichern Sie sich das passende Gerät für Ihren Einsatz – solange der Vorrat reicht!



Mehr Technik erleben auf unseren Winterdienst-Vorfahrtagen:

Donnerstag, 20. März 2025 97232 Giebelstadt, Flugplatz (Levi-Strauss-Straße 120)
Dienstag, 25. März 2025 94315 Straubing, Volksfestplatz
Donnerstag, 27. März 2025 83727 Spitzingsee, Parkplatz an der Taubensteinbahn



BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

Ralf Eschenbach
0151 6553 7479

baywa.de/s/kommunaltechnik



Offizieller Start des neuen M-net Hyperspeed-Tarifs mit (v.r.) dem Münchner Stadtrat Christian Vorländer, dem Bayerischen Staatsminister für Digitales Dr. Fabian Mehring, dem Sprecher der M-net Geschäftsführung Nelson Killius und dem Technischen Geschäftsführer Maximilian Oertle.

Bild: M-net/Alexandra Beier

M-net mit Deutschland-Premiere:

Erster Glasfaseranschluss mit 5 Gigabit pro Sekunde für Privatkunden

Beim traditionellen M-net Neujahrsempfang hat Bayerns führender Glasfaseranbieter seinen neuen Hyperspeed-Tarif vorgestellt: Als erster Internetprovider in Deutschland bietet das Unternehmen Privatkunden einen Glasfaseranschluss mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 5 Gigabit pro Sekunde (= 5.000 Megabit pro Sekunde) an. Zu diesem Meilenstein sowie zur erfolgreichen Geschäftsentwicklung des Unternehmens gratulierten unter anderem der Bayerische Staatsminister für Digitales Dr. Fabian Mehring und Christian Vorländer, Stadtrat der Landeshauptstadt München. Die Einführung des neuen Hyperspeed-Tarifs unterstreicht die technologische Spitzenposition von M-net im deutschen Telekommunikationsmarkt und belegt die kontinuierliche Weiterentwicklung der leistungsstarken Glasfaser-Infrastruktur von M-net sowohl im Kern- als auch im Access-Netz.

Zum Jahresauftakt 2025 blickt das Unternehmen M-net zurück auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr: In den vergangenen zwölf Monaten wurden neue Verträge zur Glasfaser-Versorgung in 26 bayerischen Kommunen abgeschlossen. Insgesamt ist das Unternehmen heute in 700 Gemeinden in Bayern sowie im angrenzenden hessischen Main-Kinzig-Kreis aktiv. So konnte der Bestand der mit Glasfaser bis zum Kabelverzweiger (FTTC), bis ins Gebäude (FTTB) oder sogar bis in die einzelne Wohnung (FTTH) erschlossenen Haushalte 2024 auf über 900.000 gesteigert werden. Allein in München sind heute rund 640.000 Haushalte und somit rund 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an das Glasfaser-Netz von M-net angeschlossen.

Bewährter Ansatz

„Unser Dank für diese ausgezeichnete Entwicklung im vergangenen Geschäftsjahr geht ganz klar an unsere Infrastrukturpartner sowie an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so Nelson Killius, Sprecher der Geschäftsführung von M-net. „Der Erfolg bestätigt einmal mehr den bewährten Ansatz, den Ausbau der passiven und aktiven Glasfaser-Infrastruktur in enger Kooperation mit regionalen und kommunalen Partnern umzusetzen – und fairen Open Access zu leben.“ „Mit den Stadtwerken München und ihrer Telekommunikationstochter M-net stehen der Stadt München zwei starke Partner zur Seite, um die Internetversorgung weiter voranzutreiben und die Daseinsvorsorge in der Stadt zu sichern“, so Stadtrat Christian Vorländer im Rahmen des M-net Neujahrsempfangs. „Als führender bayerischer Glasfaseranbieter steht M-net heute für Kundennähe, Innovation und immer neue Spitzenwerte bei der Datenübertragung.“

Das Jahr 2025 startet M-net mit der Einführung einer neuen Rekordgeschwindigkeit im deutschen Privatkundenmarkt: Mit dem neuen Hyperspeed-Tarif „In-

ternet 5000“ erweitert M-net sein Tarifportfolio für FTTH-Glasfaseranschlüsse (= Fiber-to-the-Home) und ermöglicht es privaten Anwendern, den heimischen Internetanschluss mit einer Übertragungsgeschwindigkeit bis zu 5 Gbit/s im Down- und 2,5 Gbit/s im Upstream zu nutzen.

Echter Bayern-Turbo

„Mit Hyperspeed zündet M-net einen echten Bayern-Turbo für die digitale Infrastruktur im Freistaat. Dieser Durchbruch bei der Übertragungsgeschwindigkeit illustriert sowohl die Leistungsfähigkeit von Glasfaser als auch die Innovationskraft unserer Wirtschaft am Hightech-Standort Bayern“, freute sich der Bayerische Staatsminister für Digitales, Dr. Fabian Mehring, bei seiner Festrede. Minister Mehring: „Glasfasernetze sind die Lebensader der digitalen Transformation und schnelles Internet ist das Benzin im Motor der Digitalisierung. So gesehen legt M-net das Fundament, auf dem das Wirtschaftswachstum der Zukunft begründet werden kann und hilft mit, unsere Heimat fit für das KI-Zeitalter zu machen.“

Damit, so Mehring weiter, leistet das Unternehmen als „echtes Münchner Kind“ einen wichtigen Beitrag zur Mission, Bayern zu einem „Premium-Standort für die Zukunftstechnologien im Herzen von Europa“ zu entwickeln. „M-net bringt die Chancen der digitalen Zeitenwende zu den Menschen in allen Regionen unserer Heimat und in das Herz des bayerischen Mittelstands“, lobte Minister Mehring beim Neujahrsempfang das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der „M-net Familie“.

Der neue Hyperspeed-Tarif wird ab dem zweiten Quartal 2025 zunächst über die FTTH-Anschlüsse in den urbanen Glasfaser-Netzen in München, Augsburg und Erlangen buchbar sein. Diese sind über eine durchgängige Glasfaserzuführung an das

Positionen des Bundesverbandes Breitbandkommunikation:

Gigabitförderung und Mobilfunkfrequenzen

Im Januar startete das Bundesministerium für Digitales und Verkehr den diesjährigen Aufruf zur Gigabitförderung. Dazu erklärte Sven Knapp, Hauptstadtbüroleiter beim Bundesverband Breitbandkommunikation e.V. (BREKO): „Dass das BMDV zu einem möglichst frühen Zeitpunkt im Jahr den Aufruf zur Gigabitförderung veröffentlicht, ist zwar nachvollziehbar, aber angesichts der voraussichtlich noch viele Monate andauernden vorläufigen Haushaltsführung auch mit erheblicher Unsicherheit behaftet.“

Knapp zufolge muss es oberstes Ziel der Gigabitförderung sein, Fördermittel zielgerichtet in den Kommunen einzusetzen, in denen die Internetversorgung besonders schlecht und ein Glasfaserausbau ohne staatliche Förderung in den nächsten Jahren nicht möglich ist. Angesichts der im Vergleich zu 2024 deutlich reduzierten Fördermittel hätte das BMDV die Kriterien für die Beantragung anpassen sollen, um sicherzustellen, dass nur in den Kommunen Förderverfahren initiiert werden, die realistische Chancen auf eine Zusage haben. Denn schon im letzten Jahr seien 90 Prozent mehr Fördermittel beantragt worden als verfügbar waren. Nun bestehe die Gefahr, dass 2025 noch mehr Kommunen aussichtslose Förderanträge stellen.

Auch das 2024 neu eingeführte Lückenschlussprogramm sollte auf Basis der bisherigen Erfahrungen weiterentwickelt werden, betonte der Behördenleiter: „Die Praxis hat gezeigt, dass die Obergrenze von 1 Million Euro pro Projekt zu niedrig angesetzt ist. Das Gesamtbudget des Lückenschlussprogramms – mit 40 Millionen Euro weniger als vier Prozent des gesamten Fördertopfes – sollte ebenfalls deutlich aufgestockt werden, um eigenwirtschaftlichen und geförderten Ausbau zielgerichtet zu ergänzen. Die nächste Bundesregierung sollte einen Teil der Fördermittel für die Ausgabe von Glasfaser-Gutscheinen einsetzen, von denen Verbraucherinnen und Verbraucher und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) direkt profitieren.“

Mit Blick auf die Pläne der Bundesnetzagentur für die Verlängerung der Mobilfunkfrequenzen unterstrich Knapp: „Statt endlich echten Wettbewerb zu schaffen, hält die Bundesnetzagentur an ihrem Kurs fest, die Mobilfunk-Platzhirsche

leistungsstarke Quantennetz von M-net, den Bayern-Ring, angebunden. Der neue Tarif „Internet 5000“ ist zum Start für 299,90 Euro monatlich erhältlich. In diesem Preis ist auch eine Telefon-Flatrate ins deutsche Festnetz und M-net Mobilfunknetz sowie das IPTV-Angebot „TVplus“ mit über 110 Programmen und zahlreichen Komfortfunktionen inklusive 4K-Receiver enthalten.

Neuer Leistungs-Standard

Um Kundinnen und Kunden diese enorm hohe Übertragungsgeschwindigkeit anbieten zu können, hat M-net in den vergangenen Jahren alle Netzabschnitte der Glasfaser-Infrastruktur auf ein neues Kapazitäts-Maximum erweitert und damit einen neuen Leistungs-Standard im Markt geschaffen: In seinem DWDM-Transportnetz – dem Bayernring mit direkter Anbindung an den größten Internethafen DE-CIX in Frankfurt am Main – führte das Unternehmen im vergangenen November als erster deutscher Anbieter die Datenübertragung mit 800 Gbit/s auf einer einzelnen Wellenlänge des Lichts ein.

Das IP-Core-Netzwerk wurde in den vergangenen Jahren auf modernste 400 Gbit/s Technologie

Telekom, Vodafone und Telefónica vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen. Dass die Behörde bekräftigt, am bisher völlig wirkungslosen Verhandlungsgebot festzuhalten, zeigt, dass sie das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln, das zur Aufhebung der Frequenzvergabe-Entscheidung 2018 geführt hat und stärkeren Wettbewerb fordert, offenbar nicht ernst nimmt.“

Wirksamen Wettbewerb sicherstellen

Die Behörde, so der Verbandsvertreter, könne das Gerichtsurteil nicht ausblenden, da sich die darin aufgestellten Forderungen und gerügten Fehler wie ein roter Faden durch das aktuelle Frequenzverfahren ziehen. Statt praktisch nutzlose „Leitplanken“ für ein Verhandlungsgebot aufzustellen, müsse die Behörde endlich wirksamen Wettbewerb sicherstellen. Dies gelinge nur mit einer Diensteanbieterpflicht, die jahrelang erfolglose Verhandlungsversuche verhindern würde und Wettbewerb sicherstellt. Denn seit Jahren blockierten Telekom und Co. etwa das Angebot von leistungsstarken 5G-Tarifen für Wettbewerber ohne eigenes Mobilfunknetz – ein klarer Nachteil für die Verbraucher und Geschäftskunden. Stand heute hätten auch Glasfaser ausbauende Unternehmen weiter keine Chance, wettbewerbsfähige Bündelprodukte aus Glasfaser-Internet und Mobilfunk anzubieten.

„Dass die Bundesnetzagentur heute Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln eingelegt hat, ist verfahrenstechnisch ihr gutes Recht“, bekräftigte Knapp. Es zeige allerdings, „dass sie sich offensichtlich nicht vom Vorgehen der früheren Führung der Bundesnetzagentur distanzieren möchte“.

DK

umgebaut, während das Aggregationsnetz der Provider Edge Router (PE-Router) auf mehrere 100 Gbit/s pro Anbindung ausgebaut wurde. Durch den Einsatz der aktuellsten Glasfaser-Technologie XGS-PON konnte nicht zuletzt das Access-Netz, also die lokale Verbindung bis zum einzelnen Endkunden, für Übertragungsraten bis zu 10 Gbit/s aufgerüstet werden.

Technologischer Meilenstein

Durch die Kombination neuester Technologien und umfangreicher Upgrades der Netzwerkinfrastruktur ist M-net in der Lage, seinen FTTH-Kunden Internetgeschwindigkeiten von morgen bereits heute zu ermöglichen. „Der M-net Hyperspeed-Tarif setzt einen neuen Standard im deutschen Telekommunikationsmarkt und zeigt, was mit einem echten Glasfaseranschluss von M-net möglich ist“, erklärt Maximilian Oertle, Technischer Geschäftsführer von M-net. „München ist die am besten mit Glasfaser ausgebaute Stadt Deutschlands und wir sind stolz, diesen technologischen Meilenstein hier gemeinsam mit unseren langjährigen Infrastrukturalternativen zu feiern.“



V.l.: Landrat Stefan Rößle; Kreisbrandrat Heinz Mayr; Kreisbrandinspektor Marco Härtle, Jürgen Scheerer, Alexander Bock; Daniel Zolda (LRA DON). Bild: Maria Kränzler, LRA Donau-Ries

Landkreis Donau-Ries:

Umstellung auf digitale Alarmierung

Ab dem zweiten Quartal 2025 erfolgt voraussichtlich der Start zum Probetrieb der digitalen Alarmierung im Landkreis Donau-Ries. Aus diesem Grund übergab nun Landrat Stefan Rößle die vom Landkreis Donau-Ries beschafften digitalen Pager an die drei Kreisbrandinspektionen.

Mit Einführung des digitalen Sprechfunks vor einigen Jahren ist mit der digitalen Alarmierung nun auch der vorerst letzte Baustein zum vollständigen Umstieg auf digitale Dienste in diesem Bereich umgesetzt.

Trotz der Modernisierung ist bei einigen sicherlich etwas Wehmut beim Umstieg auf die digitale Alarmierung vorhanden. Zuverlässig alarmierten die analogen Funkmelder mit einer anschließenden Sprachdurchsage der integrierten Leitstelle Augsburg. Der Akku hielt bis zu einer Woche, bevor der Melder geladen werden musste und sie waren handlich und praktisch mitzuführen. Die neuen „Pager“ haben durch das größere Gehäuse in puncto

Tragekomfort sowie der geringen Akku-Betriebszeit einen klaren Nachteil. Anstelle der früheren praktischen Sprachdurchsage wird nun die Einsatzmeldung im Display angezeigt. Diese kann dafür aber mehrmals nachgelesen werden. Ein deutlicher Vorteil der digitalen Alarmierung ergibt sich bei der Geschwindigkeit mehrerer benötigter Schleifen bzw. Einheiten. Dauerte im Analogfunk die vollständige Alarmierung zu einem größeren Schadensereignis teilweise Minuten, geschieht dies nun parallel in wenigen Sekundenbruchteilen. Die Alarmierung sowie der Sprechfunkverkehr sind im digitalen TETRA-BOS-Funknetz verschlüsselt und daher abhörsicher.

Datenschutzbeauftragter Petri zur elektronischen Patientenakte:

Individuelle Anpassung möglich

Mit der elektronischen Patientenakte (ePA) können Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung bereits seit einiger Zeit an der Digitalisierung im Gesundheitswesen teilnehmen. Bisher mussten gesetzlich Versicherte selbst die Initiative ergreifen und bei ihrer Krankenkasse die Einrichtung einer ePA beantragen. Nun aber hat der Bundesgesetzgeber das maßgebliche Regelwerk mit dem Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz) weiterentwickelt, wie der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, mitteilt.

Konnte bisher eine ePA bekommen, wer dies wollte, erhält diese seit Mitte Januar 2025 jede gesetzlich versicherte Person. Eine ausdrückliche Zustimmung der Versicherten zu deren Einrichtung ist ab diesem Zeitpunkt nicht mehr erforderlich.

Widerspruchsrechte

Mit der neuen elektronischen Patientenakte sollen den Versicherten Gesundheitsinformationen barrierefrei in digitaler Form bereitgestellt werden, insbesondere zu Befunden, Diagnosen, Therapiemaßnahmen oder Behandlungsberichten. Weil dort Gesundheitsdaten hinterlegt sind, können die gesetzlich Versicherten selbst darüber bestimmen, ob und wem sie ihre Daten in dieser Form zugänglich machen wollen. Der Gesetzgeber hat sich für eine Widerspruchslösung entschieden („Opt-out“). Die Versicherten können entweder der Vorhaltung einer ePA insgesamt widersprechen oder bestimmte Verarbeitungen ihrer Daten durch Widerspruch „blockieren“. Die einzelnen Widerspruchsrechte sind Petri zufolge differenziert und nicht immer „selbsterklärend“ geregelt.

Ombudsstellen

Die ePA kann insbesondere durch eine sog. ePA-App der jeweiligen Krankenkasse per Smartphone oder PC verwaltet werden. Darüber hinaus sind die Krankenkassen verpflichtet, sog.

Ombudsstellen einzurichten, an die sich die Versicherten wenden können. Diese haben zudem die Möglichkeit, Vertreter mit der Wahrnehmung ihrer Rechte im Rahmen der Führung der ePA zu betrauen, zum Beispiel einen nahen Angehörigen.

Neben den Versicherten selbst sind insbesondere die sog. Leistungserbringer zum Zugriff auf die elektronische Patientenakte befugt. Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Psychotherapeuten sowie Angehörige anderer Heil- und Heilhilfsberufe dürfen für die gesetzlich vorgesehenen Zwecke (Behandlung, Gesundheitsvorsorge, Diagnostik usw.) auf die ePA zugreifen. Dieser Zugriff muss in einem zeitlichen Zusammenhang mit einer Behandlung stehen.

Viele Vorteile

Nach der Systemumstellung auf die Widerspruchslösung soll die ePA voraussichtlich ab Anfang März 2025 für alle gesetzlich Versicherten deutschlandweit nutzbar sein. Aus Petris Sicht hat die ePA viele Vorteile: „Der Gesetzgeber gewährleistet ein hohes Maß an Selbstbestimmung für die Patientinnen und Patienten mit einer komplexen Regelung zu Widerspruchsrechten. Mein neues Papier möchte den Zugang zu dieser Materie erleichtern, damit jeder gut informiert entscheiden kann, welche Konfiguration der ePA den eigenen Bedürfnissen am besten entspricht.“

DK

Umweltminister Glauber:

Quellen der Forschung und Entwicklung

Das Nördlinger Ries ist von der International Union of Geological Sciences in die Liste der weltweit bedeutendsten geologischen Stätten aufgenommen worden. Im Rahmen der Auszeichnung in Mönchsdeggingen betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber: „Das Nördlinger Ries ist einer der weltweit am besten erhaltenen Asteroidenkrater. Mit der neuen Auszeichnung rückt der Rieskrater in die Weltpitze der geologisch wichtigsten Orte auf.“

Wie der erste Vorsitzende des Geopark Ries e.V., Landrat Stefan Röfle, erläuterte, sei die Anerkennung als UNESCO Global Geopark entscheidend verantwortlich für die Aufnahme in die Liste gewesen. „Mit der großartigen Auszeichnung geht, ebenso wie mit der UNESCO-Anerkennung, eine große Verantwortung einher. Es liegt an uns, dieses einmalige erdgeschichtliche Erbe zu bewahren und den internationalen, wissenschaftlichen Stellenwert sowie eine nachhaltige touristische Entwicklung der Region weiter zu fördern.“

International bedeutend

Der stellvertretende Vorsitzende des Geopark Ries e.V., Nördlingens Oberbürgermeister David Wittner, unterstrich als Vertreter der Träger des RieskraterMuseums, dass der Rieskrater offiziell eines der international bedeutendsten geologischen Naturdenkmäler sei. Diese Ehrung sei nicht nur eine Auszeichnung für die Wissenschaft, sondern auch für die Menschen, die hier leben. Sie zeige, dass das Ries einzigartig sei – ein Ort, der Geschichte atme und Wissen vermittele.

Die International Union of Geological Sciences hat den Rieskrater im Herbst 2024 in das zweite Hundert der weltweit bedeutendsten geologischen Naturdenkmäler aufgenommen. Das Nördlinger Ries ist damit die zweite bayerische geologische Stätte in der weltweiten Top-Liste der geologischen Naturdenkmäler. Im Jahr 2022 wurden die Solnhofer Plattenkalke als Fundort des Urvogels Archaeopteryx in das erste Hundert der Top-Geotope aufgenommen.

Erfreulich sind auch die Ergebnisse eines Pilotprojekts des LfU mit Unterstützung des Bayerischen Umweltministeriums im Landkreis Lichtenfels, bei dem erstmalig in Bayern die Frage beleuchtet wurde, wie Bodenaushub in Gebieten mit erhöhten natürlichen Stoffgehalten in einer Region verwertet werden kann. Dabei wurde der Boden in einer Tiefe von bis zu zwei Metern untersucht und die Ergebnisse in einer landkreisweiten Kar-

te veröffentlicht. Landkreisweit wurden rund 1.000 Bodenproben chemisch geprüft.

Einfache Verwertung von Bodenaushub

Ziel des Projekts war Glauber zufolge, eine möglichst einfache Verwertung von Bodenaushub zu ermöglichen. „Anhand der Auswertungen des Bodens kann künftig landkreisweit der Anteil an Bodenaushub für die Verwertung schon im Vorfeld einer Baumaßnahme abgeschätzt und nahegelegene Verwertungsmöglichkeiten gesucht werden. Das reduziert den CO₂-Ausstoß, indem lange Transportwege wegfallen und senkt damit die Kosten der Verwertung.“

Erheblicher Erkenntnisgewinn

Landkreisweit wurden rund 1.000 Bodenproben chemisch geprüft. Laut Landrat Christian Meißner „bringen die Ergebnisse des Pilotprojekts für den Landkreis Lichtenfels, die beteiligten Fachbehörden und die Bauwirtschaft einen erheblichen Erkenntnisgewinn. Die Verwertung und Verbringung von Bodenaushub werden zukünftig deutlich erleichtert.“

Ein weiteres Vorzeigeprojekt wird nach Angaben des Bayerischen Umweltministeriums in Langenzenn (Landkreis Fürth) an den Start gehen. Dort wird ein integrierter Gewässerbiosphärenverbund entwickelt und umgesetzt. Träger des Modellprojekts sind die Stadt und der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. (LBV).

Artenschwund stoppen

Bei der Auftaktveranstaltung überreichte Minister Glauber als Stiftungsratsvorsitzender einen Förderscheck des Bayerischen Naturschutzfonds in Höhe von rund 315.000 Euro und betonte: „Der Ausbau des Biotopverbunds ist eines der wirksamsten Instrumente, um den Artenschwund zu stoppen. Das Vorzeigeprojekt in Langenzenn leistet in der Region dazu einen wichtigen Beitrag. Das Modellprojekt mit der innovativen Trägergemeinschaft aus Kommune und Naturschutzver-

band ist vorbildlich und verdient viele Nachahmer.“

Lebenswerte Umgebung schaffen

Langenzenns Bürgermeister Jürgen Habel ergänzte: „Mit diesem Projekt und der Unterstützung des Bayerischen Naturschutzfonds für dieses Gewässerverbundprojekt können wir gemeinsam mit dem LBV einen wichtigen Beitrag zum Schutz und zur Förderung der Biodiversität in unserer Stadt leisten. Durch nachhaltige Maßnahmen sichern wir nicht nur die Lebensräume zahlreicher Arten, son-

Lokale Verpackungssteuer:

Bundesverfassungsgericht bestätigt Rechtmäßigkeit

Das Bundesverfassungsgericht hat die Rechtmäßigkeit der „Tübinger Verpackungssteuer“ auf Einwegverpackungen bestätigt. Dem vorangegangen war die Klage eines McDonalds Restaurants in der baden-württembergischen Universitätsstadt, das sich gegen die Steuer auf Einwegverpackungen vor dem Bundesverfassungsgericht zur Wehr gesetzt hatte. Das Urteil könnte bundesweit Signalwirkung haben, hat das Bundesverfassungsgericht doch damit bestätigt, dass Städte und Gemeinden grundsätzlich das Recht haben, eine Verpackungssteuer zu erheben und sie damit gezielt Anreize für Mehrwegsysteme setzen und die Vermüllung reduzieren.

Als erste Gemeinde in Deutschland hatte Tübingen 2022 eine Verpackungssteuer eingeführt. Jede Einwegverpackung wird mit 50 Cent besteuert, Strohhalme oder Einweg-Besteck mit 20 Cent. Zahlen müssen die Unternehmen. Die Steuer gilt für Verpackungen, die mit Speisen und Getränken befüllt werden, und dann direkt konsumiert werden, wie etwa Burger, Pizza, Pommes oder Kaffee. Essen, dass man sich im Restaurant einpacken lässt, gehört nicht dazu.

Fast ein Million Euro

Mit der Verpackungssteuer kassierte Tübingen allein 2022 fast eine Million Euro. Die Einnahmen fließen in den städtischen Haushalt und werden für die Müllentsorgung und weitere Umweltmaßnahmen verwendet.

Als „wichtige Entscheidung

den schaffen auch eine lebenswerte Umgebung für die kommenden Generationen.“

Artenvielfalt erhalten

Mit dem Projekt will Langenzenn gemeinsam mit dem LBV die vorhandene Artenvielfalt, etwa seltene Amphibien, erhalten und fördern. Dazu sollen kleinere Fließgewässer und die Stillgewässer sowie die angrenzenden Flächen und umgebenden Auen geschützt und ökologisch verbessert werden. Der Modellcharakter des Projekts zeichnet sich durch die Verbindung von Artenschutz, Gewässer- und Feuchtlebensraumerhalt zusammen mit Gewässerentwicklung und Maßnahmen zum Wasserrückhalt sowie eine gezielte Beratung landwirtschaftlicher Betriebe aus. Zudem sind Flächenerwerb und Öffentlichkeitsarbeit Teil des auf drei Jahre angelegten Projekts. Der Bayerische Naturschutzfonds übernimmt rund 80 Prozent der Kosten. **DK**



Oben v. l.: MdB Christoph Schmid, Heike Burkhardt (Geschäftsführerin Geopark Ries e.V.), Bürgermeisterin Karin Bergdolt, Staatsminister Thorsten Glauber, Landrat Stefan Röfle, Prof. Dr. Stefan Hölzl, Oberbürgermeister David Wittner, MdB Ulrich Lange. Unten: Team Geopark Ries e. V. Foto: Marco Kleebauer

desverfassungsgerichts hätten die Städte mehr Planungssicherheit. „Wir rechnen damit, dass jetzt mehr Städte eine Verpackungssteuer lokal einführen werden. Gleichzeitig würden wir eine bundesweite Regelung begrüßen, eine solche Steuer einführen zu können. Darum werden wir bei einer neuen Bundesregierung werben“, unterstrich Dedy.

Kampf gegen Vermüllung

Nach den Worten von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts „aus kommunaler Sicht zu begrüßen“. Die Zielrichtung, Anreize zur Verwendung von Mehrwegsystemen zu setzen, widerspreche nicht der sonstigen Konzeption des Abfallrechts in Bund und Ländern. Im Ergebnis würden damit die kommunalen Handlungsspielräume im Kampf gegen die Vermüllung der Innenstädte und der Umwelt durch Einwegverpackungen sinnvoll gestärkt. Städte und Gemeinden wenden jährlich bis zu 700 Millionen Euro für die Sammlung und Reinigung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze auf. „Hier brauchen wir eine Trendumkehr. Mehrweglösungen müssen gestärkt und auch das Bewusstsein der Endverbraucher für eine Vermeidung von Verpackungsmüll geschärft werden“, forderte Berghegger.

Ungeordnetes Wegwerfen von Müll

Im Zusammenspiel mit dem neuen Verpackungsgesetz des Bundes, das schon seit dem Jahr 2023 verpflichtende Mehrwegangebote für Speisen und Getränke To-Go vorsieht, kön-

ne auf diesem Weg das ungeordnete Wegwerfen von Müll im öffentlichen Raum effektiv reduziert werden. „Der Gesetzgeber wird aber weiterhin aufgefordert, die gesetzlichen Regelungen auf alle Materialien auszuweiten. Mehrwegalternativen sollten sowohl für Einwegkunststoffe als auch für andere Materialien gelten.“ Ob weitere Kommunen im Rahmen ihrer Abfallvermeidungskonzepte dem Tübinger Beispiel folgen, bleibe abzuwarten.

Auch der Deutsche Landkreistag befürwortet den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts. Gegenüber der FAZ wies Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke darauf hin, dass die Kommunen dadurch gestärkt würden. Damit sei zwar ein gewisses Einnahmepotenzial verbunden, im Vordergrund stehe aber eine Verhaltenssteuerung, die der örtlichen Gemeinschaft zugutekommt. Das Bundesverfassungsgericht habe somit in jüngerer Zeit mit Urteilen zur Bettensteuer, zu Gebühren bei Hochrisikoveranstaltungen und zur Verpackungssteuer die kommunale Gestaltungsfreiheit gestärkt.

Größere Geschütze müssen her

Diese Art lokaler Steuern werde die Finanznot der Städte, Landkreise und Gemeinden allerdings nicht spürbar lindern, fuhr Henneke fort. „Sie haben nicht das notwendige Potenzial in Anbetracht eines kommunalen Defizits von zum Jahresende 2024 um die 20 Milliarden Euro. Da müssen größere Geschütze her. Die von uns geforderte Verdreifachung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer wäre eine solche sehr wirksame bundesgesetzliche Maßnahme.“ **DK**

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

TV BAYERN
LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

TV BAYERN
LIVE

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL BAYERN

Sonntag, 17:00 Uhr auf allen 14 Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen gibt es auch auf **RTL+**

www.tvbayernlive.de

Netzwerktreffen des Klimaschutznetzwerks Rosenheim-Traunstein:

Nachhaltige Ressourcennutzung in Kommunen

Beim 3. Netzwerktreffen des Klimaschutznetzwerks Rosenheim-Traunstein unter dem Motto „Zusammen für Klimaschutz – Nachhaltige Ressourcennutzung in Kommunen“ kamen Vertreterinnen und Vertreter aus 16 Kommunen zusammen, um sich über praxisnahe Ansätze und Lösungen für den kommunalen Klimaschutz auszutauschen. Im Fokus der Veranstaltung standen Strategien zur nachhaltigen Ressourcennutzung und Klimaanpassung.

Sebastian Gröbmayr, Projektleiter der INEV, und Simon Hausstetter, Bürgermeister der Gemeinde Rohrdorf, eröffneten das Treffen mit einer herzlichen Begrüßung. Daran anknüpfend gab Dr. Kerstin Dressel, Expertin des Sine-Instituts gGmbH, in ihrem Vortrag wertvolle Einblicke zum Thema „Klimaanpassung in Kommunen – eine Investition in die Zukunft“. Sie erläuterte, wie Kommunen durch gezielte Maßnahmen aktiv zum Klimaschutz beitragen können: „Klimaanpassung bedeutet Daseinsvorsorge für die Kommunen. Es ist entscheidend, Bedingungen zu schaffen und Kampagnen zu starten, die umwelt- und klimafreundliches Verhalten fördern.“

Die Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, Fragen zu stellen und diskutierten konkrete Anregungen zur praktischen Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen. „Wir müssen ein Bewusstsein für die Bedeutung der Klimaanpassung in der Bevölkerung schaffen und die richtigen Impulse setzen und Klimaanpassung in allen kommunalen Planungsprozessen miteinbringen“, betonte Dressel.

Karin Graf vom Umwelt- und Grünflächenamt der Stadt Rosenheim präsentierte das Klima-

passungskonzept der Stadt. Sie erläuterte, welche Maßnahmen geplant sind, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. „Wir setzen auf Begrünung, Beschattung, Trinkwasserbrunnen und Sprühnebelanlagen, um die Stadt klimafit zu machen und gleichzeitig den Lebenskomfort der Bürger zu verbessern“, sagte Karin Graf. Die Stadt Rosenheim setzt damit auf praxisorientierte Lösungen, die den Bürgern zugutekommen und die Anpassung an sich ändernde klimatische Bedingungen vorantreiben.

Heimische Böden als Ressource

Ludwig Käsweber vom Klimabauer e.V. sprach über „Heimische Böden als Ressource“ und zeigte, wie eine nachhaltige Landwirtschaft aktiv zum Klima- und Umweltschutz beitragen kann. Er betonte die Bedeutung des Bodenschutzes und forderte ein Umdenken in der Landwirtschaft: „Weg von Monokulturen, hin zu mehr Biodiversität – das ist der Schlüssel für gesunde Böden und eine nachhaltige Zukunft.“

In der anschließenden Diskussion wurde intensiv darüber gesprochen, welche Maßnahmen

Kommunen ergreifen können, um diesen Wandel zu unterstützen. Das große Interesse der Teilnehmenden zeigte, wie wichtig das Thema für die Region ist. Gemeinden können durch gezielte Förderprogramme, ökologische Flächennutzung und Partnerschaften mit Landwirten eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben.

Abschließend hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, das Südbayerische Portland-Zementwerk Gebrüder Wiesböck & Co. KG, auch bekannt als Rohrdorfer Zementwerk, zu besichtigen. Das Werk gilt als Vorzeigebetrieb der Branche und setzt Maßstäbe in den Bereichen Umweltschutz und Energieeffizienz. Das Unternehmen setzt konsequent auf umweltfreundliche Technologien und zählt zu den Vorreitern in der Branche.

Ein wichtiger Baustein der Nachhaltigkeitsstrategie ist die Entwicklung neuer Verfahren, um CO₂-Emissionen zu reduzieren. So arbeitet das Werk an einem innovativen Projekt, das natürliche Rohstoffe klimafreundlicher nutzt und so zur Senkung des CO₂-Ausstoßes beiträgt. Zudem wurde eine moderne Ofentechnologie eingeführt, die es ermöglicht, fast vollständig auf alternative, umweltschonendere Brennstoffe umzusteigen. Mit diesen und weiteren Maßnahmen zeigt das Rohrdorfer Zementwerk, wie Klimaschutz und industrielle Produktion erfolgreich miteinander verbunden werden können. □



Erfolgreiches Netzwerktreffen des Klimaschutznetzwerks Rosenheim-Traunstein mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden Bad Aibling, Bad Feilnbach, Bruckmühl, Eiselfing, Feldkirchen-Westerham, Kolbermoor, Neubuern, Pfaffing, Prien a. Chiemsee, Raubling, Rohrdorf, Rosenheim, Samerberg, Siegsdorf, Stephanskirchen, Tuntenhausen und des Instituts für nachhaltige Energieversorgung GmbH. Bild: INEV

Neuer Lebensraum für Mensch, Tier und Pflanzenwelt

Die Stadt Bayreuth reaktiviert drei frühere Weiher im Studentenwald

Die Stadt Bayreuth schafft im Studentenwald einen neuen Lebensraum für Mensch, Tier und die Pflanzenwelt. Seit kurzem werden der Schwarzweiher sowie der Große und der Alte Haasenweiher reaktiviert. Die Maßnahme des Projekts „Bayreuths lebendiger Süden“ wird durch das Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ mit 90 Prozent der Kosten gefördert.

„Mit der Wiederherstellung der historischen Teichlandschaft im Studentenwald gehen wir ein weiteres Teilprojekt von ‚Bayreuths lebendigem Süden‘ an“, sagt Oberbürgermeister Thomas Ebersberger und verweist auf die beiden anderen, sich bereits in der Umsetzung befindlichen Vorhaben Bürgerhain und den neuen Landschaftspark Tappertau. „Das Stadtklima, die biologische Vielfalt und nicht zuletzt unsere Bayreuther Bürgerinnen und Bürger werden von allen drei Teilprojekten profitieren“, so Ebersberger weiter.

Neue Wasser- und Feuchtflächen

Der Leiter des Stadtgartenamtes, Robert Pfeifer, ergänzt, dass mit den Arbeiten Mitte Januar begonnen wurde. So werden im Bereich der wiederherzustellenden Teiche Schwarzweiher, Großer Haasenweiher und Alter Haasenweiher Bäume gefällt. Des Weiteren sollen die bestehenden Dämme – wo nötig – wieder aufgeschüttet und die Ablaufbeziehungsweise Stauvorrichtungen der Weiher, die sogenannten Mönche, wiederhergestellt werden. „Insgesamt werden etwa zwei Hektar neue Wasser- und Feuchtflächen entstehen“, sagt Pfeifer. Die Kosten

für die Baumaßnahme liegen bei 240.000 Euro, von denen 90 Prozent durch das Bundesprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ übernommen werden. Der Anteil der Stadt Bayreuth liegt also bei 24.000 Euro.

Wie Pfeifer weiter ausführt, sind im Süden von Bayreuth zahlreiche Teiche und Feuchtgebiete historisch nachweisbar. Alte Karten zeigen im Bereich zwischen Röhrensee, Saas, Studentenwald und dem heutigen Ökologisch-Botanischen Garten weit über 20 Wasserflächen. Die meisten davon verschwanden im 19. Jahrhundert aus unbekanntem Grund. Heute sind von der ehemaligen Weiherlandschaft nur noch der Röhrensee und der Finstere Weiher übriggeblieben. Von vielen anderen zeugen noch die alten Dämme, die im Studentenwald erhalten sind und für den aufmerksamen Spaziergänger die Lage und Form der Weiher in der Landschaft ablesbar machen.

Klimawirksamkeit und Verbesserung des Wasserhaushalts

„Die Klimaprognosen gehen von zukünftig wärmeren und trockeneren Bedingungen im Sommer aus. Die Wasserflä-

chen können Niederschlagswasser zwischenspeichern, das von der Wasseroberfläche verdunstet und die Luft abkühlt und befeuchtet. Außerdem wird im Umfeld der Teiche mehr Bodenwasser zur Verfügung stehen“, erläutert der Leiter des Stadtgartenamts. Langfristig können an verlandenden Weihern auch Moorstandorte entstehen. Im wassergesättigten Milieu werden abgestorbene Pflanzenreste unter Sauerstoffausschluss nicht vollständig zersetzt und es kommt zur Torfbildung. Mit dem abgelagerten organischen Material wird auch der Kohlenstoff für Jahrtausende im Moor gespeichert.

Förderung der Artenvielfalt

Die Wiederherstellung dieser Weiher wird auch die Artenvielfalt im Studentenwald langfristig steigern und neue Lebensräume für Wasservögel, Libellen, Amphibien und andere wassergebundene Lebewesen schaffen. Für die Vorkommen bedrohter Amphibien wie dem Kammmolch im Ökologisch-Botanischen Garten und auf den Biotopflächen am Lindenhof werden die Weiher das Lebensraumangebot erweitern. Durch die unmittelbar benachbarten Waldflächen entstehen für Frösche und Kröten zudem Biotope, in denen die Wanderungen von den Lebensräumen an Land zu den Laichgewässern und zurück nicht durch Straßen zerschnitten sind.

Verbesserte Erholungsfunktion

„Durch diese Maßnahme werden die Besonderheit des Ortes wieder erlebbar, dabei nicht zuletzt das Landschaftsbild durch die Wasserflächen bereichert und der Erholungswert gesteigert“, betont Stadtbaureferentin Urte Kelm. Die Erholungsfunktion des Studentenwaldes als stadtnaher Wald wird nachhaltig verbessert, indem die Weiher mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt behutsam erlebbar gemacht werden. Eine Beobachtungsplattform direkt am Wasser wird zum Betrachten der Flora und Fauna einladen.

In Verbindung mit dem Tierpark Röhrensee, dem Ökologisch-Botanischen Garten der Universität Bayreuth und dem Umweltschutz-Informationszentrum Lindenhof entsteht so eine großflächige Erholungslandschaft mit reichhaltigen Angeboten der Umweltbildung: Bayreuths lebendiger Süden. □



Stadtgartenamtsleiter Robert Pfeifer (l.) erläuterte den Medien sowie OB Thomas Ebersberger (2.v.l.) und Baureferentin Urte Kelm (5.v.l.) die Pläne zur Renaturierung der Feuchtgebiete im Studentenwald. Mit dabei auch der Vorsitzende des Beirats für nachhaltige und klimagerechte Planung und Stadtentwicklung Prof. Dr. Christoph Thomas (r.). Bild: Stadt Bayreuth

Mehr Recycling muss beim Produkt beginnen

Umweltausschuss des Bayerischen Landkreistags mahnt zur Sorgfalt bei der Alttextilsammlung

Der Umweltausschuss des Bayerischen Landkreistags hat über die seit 1. Januar 2025 europaweit bestehende Getrenntsammlungspflicht von Alttextilien beraten und für eine Verschärfung der derzeitigen Diskussion appelliert. Die 71 bayerischen Landkreise sind für die Entsorgung der auf ihrem Gebiet anfallenden Abfälle verantwortlich und über ihre Entsorgungsbetriebe auch für die Sammlung von Alttextilien.

„Wir stellen fest, dass sich die Qualität der gesammelten Kleidung immer mehr verschlechtert. Hauptverantwortlich dafür ist ‚Fast Fashion‘, der Trend hin zu Billigkleidung, die unter dubiosen Produktionsbedingungen hergestellt und über Plattformen wie TEMU auf den europäischen Markt gelangt“, so der Vorsitzende des Umweltausschusses, Landrat Jens Marco Scherf. „Fast Fashion“ ist einer

wirtschaftlichen Wiederverwertung kaum zugänglich.

Der Bayerische Landkreistag wirbt daher für bewusste Kaufentscheidungen der Verbraucher und mehr Herstellerverantwortung beim Produktdesign. Er fordert dazu auf, auch weiterhin nur gut erhaltene Textilien in die Alttextilsammlung zu geben und nicht mehr verwertbare Stücke im Restmüll zu entsorgen.

Gerade bezüglich Letzterem

herrscht neuerdings eine große Verunsicherung: Darf die kaputte Jeans in die Restmülltonne? Eindeutig ja! „Soweit in den Medien teilweise berichtet wird, man dürfe keine kaputten oder stark verschmutzten Kleidungsstücke mehr im Restmüll entsorgen, ist das nicht nur rechtlich falsch, es schadet auch der derzeit ohnehin kriselnden Alttextilwirtschaft in hohem Maße“, so der Ausschussvorsitzende Landrat Jens Marco Scherf.

Getrenntsammlungspflicht für Textilien ist in Bayern schon lange umgesetzt

Denn die aufgrund von EU-Recht seit Anfang des Jahres europaweit geltende Getrenntsammlungspflicht für Textilien ist in Bayern schon lange umgesetzt. Das bestehende System lebt aber davon, dass nur gut erhaltene Kleidung in den Sammelcontainern landet.

In den meisten bayerischen Landkreisen übernehmen gemeinnützige Organisationen, wie das Bayerische Rote Kreuz, die Caritas oder Kolping, die Textilsammlung. Nach der Sortierung wird ein Teil der Altkleider in Second-Hand-Läden verkauft, der Rest wird an Wiederverwertungsbetriebe abgegeben, um daraus Putzlappen, Malerfließ oder Teppiche zu machen. Die Recyclingquote in Deutschland liegt dabei weit über dem EU-Durchschnitt. Recycling von Alttextilien kann aber nur funktionieren, wenn nicht jedwede Klamotte in den Containern würde das bestehende System zum Scheitern bringen. Daher gilt: Bewusst kaufen, getrennt entsorgen“, unterstrich Scherf. □

Innovationsmotor Ressourceneffizienz

Unternehmer-Preis für zukunftsweisende Leistungen 2025 ausgelobt

Unternehmen aus Bayern, die mit herausragenden, zukunftsweisenden Verfahren, Prozessen und Entwicklungen geschickt natürliche Ressourcen einsparen oder besonders effizient einsetzen, können sich bis 10. März 2025 für den Bayerischen Ressourceneffizienzpreis 2025 bewerben.

„Mit dem Bayerischen Ressourceneffizienzpreis honorieren wir die Kreativität und Innovationskraft der bayerischen Unternehmen, wollen zum Mitmachen motivieren und neue Ansätze sichtbar machen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe und Start-up-Unternehmen sind ausdrücklich eingeladen, sich zu bewerben“, so Umweltminister Thorsten Glauber.

Der Bayerische Ressourceneffizienzpreis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert. Staatsminister Glauber wird die Gewinner des Bayerischen Ressourceneffizienzpreises 2025 bei einer Preisverleihung öffentlich bekanntgeben.

Alle Bewerbungen werden von einer unabhängigen Expertengruppe begutachtet. Bewertungskriterien sind unter anderem ein qualitativer und quantitativer Beitrag zur Ressourceneffizienz, Umweltrelevanz, „Leuchtturmcharakter“ und bei bestehenden Produkten und Verfahren bereits erreichte Erfolge.

Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen unter www.rez.bayern.de/ressourceneffizienzpreis □

Füracker: Länder fordern nationale Finanzbildungsstrategie

Einstimmiger Beschluss der Finanzministerkonferenz

Deutschland braucht zügig eine nationale Finanzbildungsstrategie, sagen die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder. Eine entsprechende Forderung haben sie in der Finanzministerkonferenz (FMK) einstimmig beschlossen. Die FMK tagte anlässlich der 1.000. Sitzung des Bundesratsfinanzsausschusses in Frankfurt am Main. Die Länder möchten gemeinsam mit dem Bund zur Verbesserung der Finanzkompetenz der Menschen und zur nationalen Finanzbildungsstrategie beitragen. Hamburg und Hessen hatten den Beschluss der Finanzministerkonferenz federführend und parteiübergreifend vorbereitet.

Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker: „Finanzielle Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und zugleich ein Grundstein für eine prosperierende und damit stabile Gesellschaft. Von einem breiten Verständnis finanzieller Zusammenhänge profitiert langfristig nicht nur der Einzelne, sondern zugleich das Gemeinwesen als Ganzes. Mit einer nationalen Finanzbildungsstrategie legen wir den Grundstein, dass künftig alle Bürgerinnen und Bürger über die erforderlichen Fähigkeiten und das Wissen verfügen, um fundierte finanzielle Entscheidungen zu treffen. Gemeinsam mit den anderen Ländern setzen wir uns dafür ein, dass eine solide Grundlage für die finanzielle Bildung auf nationaler Ebene in Deutschland geschaffen wird!“

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Finanzminister Hesses: „Finanzkompetenz hilft jedem einzelnen, sein Leben möglichst finanziell abgesichert zu führen. Das wiederum hilft allen, entlastet dies doch unsere sozialen Sicherungssysteme. Finanzkompetenz ist eine wichtige Voraussetzung für Wohlergehen, Wohlstand und Sicherheit. Es gibt also viele gute Gründe, in die Fi-

nanzkompetenz der Menschen zu investieren.

Deutschland ist eines der wenigen Länder der OECD, das keine nationale Finanzbildungsstrategie hat. Das sollte die künftige Bundesregierung ändern. Die Länder sind bereit, sie dabei zu unterstützen.

Bei Bildung denken viele vor allem an Schule. In Hessen denken wir aber auch an Freunde und Familien, an Arbeitgeber und Kollegen. Sie alle können Finanzkompetenzen vermitteln. Mit der Seasn-App, die finanzielle Entscheidungen und ihre Wirkungen simulieren kann, oder Informationsangeboten für Azubis vermitteln wir bereits Finanzkompetenzen. Ich bin sicher, dass es deutschlandweit viele weitere gute Ideen gibt, die zu einer nationalen Strategie beitragen können.“

SchoolMeetsFinance

Dr. Andreas Dressel, Finanzsenator Freie und Hansestadt Hamburg: „Was bedeutet das Kleingedruckte beim Handyvertrag? Wie funktioniert eine Banküberweisung? Ist Geldanlage schon was für mich als junger Mensch? Finanzielle Fragen bestimmen an vie-

len Stellen auch den Lebensalltag von Jugendlichen, ohne dass diese aber wirklich über vieles Bescheid wissen. Mit unserem heutigen Beschluss setzen wir starkes und wichtiges Signal für mehr finanzielle Bildung in Deutschland. Gerade für junge Menschen ist solides Wissen um finanzielle Zusammenhänge ein wesentlicher Schlüssel für ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben. Bei uns in Hamburg haben wir mit der von Finanzbehörde, Handelskammer und Finanzplatz e. V. 2023 gegründeten Gesellschaft FCH Finance City Hamburg GmbH bereits eine Institution, die dieses Thema bewegt. Und wir starten jetzt in Hamburg ein Programm ‚SchoolMeetsFinance‘, mit der wir Kompetenz aus der Finanzwirtschaft gezielt in die Schulen bringen. Es braucht aber auch ein bundesweites Commitment, einen klaren Plan und deutlich Engagement, um finanzielle Bildung in Deutschland unter Wahrung der Bildungshoheit der Länder voranzubringen, genau dafür steht unser gemeinsamer Länderbeschluss.“

Dr. Marcus Optendrenk, Finanzminister Nordrhein-Westfalens und Vorsitzender der Finanzministerkonferenz: „Das Risiko von Negativzinsen aufs Ersparte, die Verheißungen von Bitcoin und ETFs – viele Menschen sind durch die Vielfalt der Finanznachrichten in jüngerer Vergangenheit verunsichert. Wer keine Börsencracks im Familien- oder Bekanntenkreis hat, kann viele Chancen nicht nutzen und bleibt mit dem schlechten Gefühl zurück, selbst nicht genug für die eigene Vorsorge zu tun. Aber ob Menschen kompetent für ihre eigene finanzielle Absicherung sorgen können, sollte nicht dem Zufall überlassen sein. Es gibt in den Ländern bereits viele gute Ansät-

ze, aber wir benötigen für die Finanzbildung eine nationale Strategie, um das hohe Gut der Chancengleichheit in der gesamten Republik zu wahren.“

Doris Ahnen, Finanzministerin Rheinland-Pfalz und Stellvertretende Vorsitzende der Finanzministerkonferenz: „Für das Alter vorsorgen, Verträge abschließen oder ein Depot anlegen – viele Menschen glauben, dass diese Themen zu kompliziert sind und möchten sich lieber nicht „mit Zahlen beschäftigen“. Doch meistens müssen weitreichende finanzielle Entscheidungen getroffen werden, die einen großen Einfluss auf das weitere Leben haben. Diese Entscheidungen erfordern ein grundlegendes Wissen über finanzielle Zusammenhänge und Produkte. Wir brauchen in Deutschland eine langfristige Strategie zur finanziellen Bildung, damit alle Menschen ihr finanzielles Wissen verbessern und eigenverantwortliche Entscheidungen treffen können. Diese Strategie muss auf Frauen und Männer gleichzeitig ausgerichtet werden, denn häufig trauen sich Frauen im Umgang mit Finanzprodukten selbst zu wenig Kompetenz zu. In Rheinland-Pfalz kümmern wir uns seit vielen Jahren mit einer erfolgreichen Kooperation mit der Bundesbank um die finanzielle Bildung in den Schulen – durch Lehrkräftefortbildungen und Veranstaltungen. Aber es braucht eine bundesweite Strategie für eine nachhaltige finanzielle Bildung und damit langfristig für eine kompetente ökonomische Teilhabe aller.“

Fragen und Antworten:

- Was haben die Länderfinanzministerinnen und -minister beschlossen?

Die Finanzministerinnen und

-minister der Länder fordern die Bundesregierung auf, zügig eine nationale Finanzbildungsstrategie zu verabschieden. Sie soll eine langfristige und nachhaltige Grundlage für die Stärkung der Finanzkompetenzen in der Bevölkerung bilden.

Finanzkompetenz ist nach Ansicht der Finanzministerinnen und -minister notwendige Bedingung für gesellschaftliche Teilhabe sowie Wohlstand und Wohlergehen jedes Menschen. Gutes Finanzverhalten hat zudem einen erheblichen Einfluss auf die Tragfähigkeit sozialer Sicherungssysteme und die Prosperität der Volkswirtschaft insgesamt.

Die Länder möchten auch selber zur Verbesserung der Finanzkompetenz der Menschen und zur nationalen Finanzbildungsstrategie beitragen.

Den Beschluss der Finanzministerkonferenz hatten Hamburg und Hessen federführend und parteiübergreifend vorbereitet.

- Was ist die Finanzministerkonferenz?

Die Finanzministerkonferenz (FMK) ist ein Zusammenschluss aller Länderfinanzministerien. Die FMK tagt in der Regel direkt im Anschluss an die Sitzungen des Bundesratsfinanzsausschusses. Der Finanzausschuss ist Teil des Gesetzgebungsverfahrens und dadurch ist seine Tagesordnung bestimmt. In der FMK hingegen können die Länderfinanzministerinnen und -minister losgelöst von laufenden Gesetzgebungsverfahren Themen aufgreifen, erörtern und vorbereiten. Beschlüsse der FMK sind in der Regel nicht öffentlich. □

Sprache ist der Schlüssel zu gleichen Bildungschancen

Sprachstandserhebung vor Einschulung

Regensburg. Mit dem neuen Gesetz zur Einführung verbindlicher Sprachstandserhebungen und Sprachfördermaßnahmen werden Kinder künftig eineinhalb Jahre vor der Einschulung auf ihre Sprachkenntnisse getestet.

Bei einem Netzwerktreffen der Kooperation Kita-Schule an der Regierung der Oberpfalz tauschten sich Experten über die Umsetzung des neuen Gesetzes aus. Der Vorkurs Deutsch wurde für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache erstmals im Kindergartenbetriebsjahr 2001/2002 eingeführt. In den Folgejahren wurde der Vorkurs Deutsch sukzessive ausgebaut. Mit dem neuen Gesetz wird ab dem Schuljahr 2024/25 ein weiterer Baustein mit der nun verpflichtenden Sprachstandserhebung von Seiten der Grundschulen installiert. Geplant ist es, dass Grundschulen im vorletzten Jahr vor der Einschulung, die Kinder ihres Sprengels zu einer Sprachstandserhebung in die Schule einladen. „Ziel soll es sein, möglichst alle Kinder mit Sprachförderbedarf zu erkennen und diesen rechtzeitig vor Eintritt in die Grundschule eine fundierte und umfangreiche Sprachförderung zukommen lassen zu können“, betont Sabine Voggenreiter, Referentin im Sachgebiet Grund- und Mittelschulen an der Regierung der Oberpfalz. □

Schulungen für Politiker und Angestellte:

Kompetenzzentrum für Bayerns Kommunen

Qualifizierte Mitarbeitende – der Schlüssel zu starken Kommunen

Die Qualität der öffentlichen Verwaltung wird entscheidend von der Kompetenz ihrer Mitarbeitenden geprägt. Bayern ist hier Vorreiter: Mit der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) und der Bayerischen Akademie für Verwaltungs-Management (BAV) stehen den Kommunen zwei Institutionen zur Seite, die berufliche Qualifizierung und kontinuierliche Weiterbildung auf höchstem Niveau bieten.

Ob Verwaltungsmitarbeitende, Bürgermeister oder Führungskräfte – die BVS und BAV fördern praxisnah die Kompetenzen, die für eine leistungsstarke und zukunftsfähige Verwaltung erforderlich sind. Das Ziel ist klar: effiziente Prozesse, zufriedene Bürger und Vertrauen in die öffentliche Verwaltung.

BVS – Bildung für die Praxis

Unter dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis“ deckt die BVS ein breites Spektrum an Bildungsangeboten ab, die speziell auf die Bedürfnisse bayerischer Kommunen zugeschnitten sind. Zu den zentralen Angeboten zählen:

- **Ausbildung und Weiterbildung:** Von der Grundausbildung

für Verwaltungsfachangestellte bis zum Beschäftigtenlehrgang II vermittelt die BVS fundiertes Wissen in Recht, Verwaltung und Organisation.

- **Digitalisierung meistern:** Mit der Digitalakademie Bayern hat die BVS ein großes Angebot an Schulungen für kommunale Mitarbeitende in Themen wie E-Government, digitale Transformation und Datenschutz. Workshops zu KI-gestützten Prozessen und IT-Management machen Verwaltungen zukunftssicher. „Wir sind stolz darauf, mit der Digitalakademie Bayern einen entscheidenden Beitrag zur erfolgreichen Digitalisierung unserer Verwaltung zu leisten“, fasst Hans-Christian Witthauer, Vorstand der BVS, zusammen. „Mit unserem umfassenden Angebot und den zahlrei-

chen Partnern sind wir bestens gerüstet, die digitale Transformation aktiv zu gestalten und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst optimal zu unterstützen.“

- **Führungskompetenz stärken:** Speziell entwickelte Programme für Führungskräfte fördern Teammanagement, Veränderungskompetenzen und effektive Kommunikationsstrategien.

- **Fachkräfte in technischen Bereichen:** Von Baurecht über Klimaanpassung bis hin zu Umwelt- und Wasserrecht bietet die BVS zielgerichtete Qualifizierungen für technische Verwaltungsmitarbeitende.

- **Quereinsteiger integrieren:** Angesichts des Fachkräftemangels hat die BVS Programme entwickelt, die Quereinsteigern einen schnellen Einstieg in die Verwaltung ermöglichen.

- **Qualifizierung im Bereich Umwelt und Technik:** Die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) bietet im Bereich Umwelt und Technik ein umfassendes Bildungsangebot, das auf die Qualifizierung von Fachkräften in umwelttechnischen Berufen abzielt. Dazu zählen Ausbildungen für Fachkräfte in der Abwassertechnik, Wasserversorgungstechnik sowie in der Kreislauf- und Abfallwirtschaft. Zudem werden Meisterlehrgänge für Abwassermeister und Meister für Kreislauf- und Abfallwirtschaft angeboten. Ergänzend dazu bietet die BVS Fortbildungen wie „Neu in der Abwassertechnik“ an, die Quereinsteigern den Einstieg in die Branche erleichtern.

- **Seminare zur Verwaltungsmodernisierung und Prozessoptimierung:** Spezielle Weiterbildungen zur Einführung von Lean-Management-Methoden und der Optimierung von Verwaltungs-

prozessen. Ziel ist es, Abläufe effizienter zu gestalten und Schnittstellenprobleme zu minimieren.

- **Rechtliche Spezialkurse:** Von Vergaberecht über Kommunalrecht bis hin zu aktuellen Entwicklungen im Datenschutzrecht bietet die BVS eine breite Palette an juristischen Fortbildungen, die speziell auf die Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ausgerichtet sind.

- **Zertifizierungsprogramme für Fachspezialisten:** Aufbauend auf den Standardausbildungen bietet die BVS Zertifikatslehrgänge, z. B. für Haushalts- und Finanzspezialisten, Digitalwirte, Datenschützer oder Personalentwickler in der Verwaltung

BAV – Zukunftssicheres Management

Die Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management (BAV) ergänzt das Angebot der BVS mit maßgeschneiderten Beratungs- und Bildungsangeboten, die Kommunen dabei unterstützen, ihre Organisationen und Führungskräfte zukunftssicher aufzustellen:

- **Kommunale Seminare:** Bürgermeister und Führungskräfte profitieren von praxisnahen Schulungen in Veränderungsmanagement, Baurecht und strategischer Öffentlichkeitsarbeit – immer mit Blick auf die besonderen Herausforderungen kommunaler Verwaltungen.

- **Individuelle Coachings:** Maßgeschneiderte Coachings fördern persönliche Reflexion, Resilienz und die Entwicklung von Entscheidungskompetenz bei Führungskräften.

- **Organisationsentwicklung:** Expertenteams analysieren Verwaltungsprozesse und entwickeln praxisnahe Lösungen, um Abläufe effizienter und moderner zu gestalten.

- **Rechtssichere Stellenbewertungen:** Von der Überprüfung einzelner Stellen bis zur Anpassung ganzer Stellenpläne bietet die BAV rechtssichere und bedarfsgerechte Lösungen.



Jährlich starten rund 3.000 Auszubildende ihre zwei und dreijährigen Ausbildungen bei der BVS. Bilder: BVS

Zusätzlich organisiert die BAV regelmäßig Fachtagungen zu aktuellen Themen wie Digitalisierung, Personalmanagement oder Klimaanpassung. Diese Veranstaltungen bieten Raum für den Austausch von Best Practices und die Vernetzung kommunaler Akteure.

Weitere Informationen zur BAV und das gesamte Veranstaltungsprogramm finden Sie unter www.verwaltungs-management.de/.

Innovation und Qualität – von Profis für Profis

Ein besonderes Merkmal der BVS und BAV ist ihr innovativer Ansatz beim Lernen. Die Bildungszentren der BVS in Holzhausen, Lauingen, Nürnberg und Neustadt an der Aisch und München und Regionalstandorten in allen Regierungsbezirken bieten modernste Lerninfrastruktur und interaktive Formate – ergänzt durch digitale Lernplattformen und hybride Seminare.

Sowohl die BVS als auch die BAV sind seit 2011 nach dem LQW-Standard (Lernerorientierte Qualitäts-Testing in der Weiterbildung) zertifiziert. Dieses Gütesiegel unterstreicht die kon-

sequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Lernenden und die ständige Weiterentwicklung der Angebote.

Dank dieses Qualitätsanspruchs und ihres breiten Angebots sind die BVS und BAV unverzichtbare Partner für Bayerns Kommunen, die vor großen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der Digitalisierung und neuen rechtlichen Anforderungen stehen.

Gemeinsam die Zukunft gestalten

Die BVS und die BAV stehen für eine Verwaltung, die auf den Säulen Fachkompetenz, Bürger-nähe und Innovation aufbaut. Nutzen Sie die Erfahrung und Expertise dieser Institutionen, um Ihre Kommune zukunftsfähig zu machen. Weitere Informationen und Ansprechpartner finden Sie auf www.bvs.de – gemeinsam gestalten wir die Zukunft der bayerischen Verwaltungen! □



Hans-Christian Witthauer, Vorstand der BVS und Stellvertreterin Roswitha Pfeiffer, Geschäftsführerin der BAV und BVS-Geschäftsleiterin des Bereichs Fortbildung und Entwicklung. □



LQW-Zertifikat der BVS und BAV. □

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Die Gemeinde Bubenreuth mit rund 4.800 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Seit 1. Mai 2014 bin ich hauptamtlich Erster Bürgermeister der Gemeinde Bubenreuth. **Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?**

Ich habe Bankkaufmann gelernt und war bis zum Amtsantritt über 20 Jahre für eine Bank tätig. **Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?**

Ich habe mich schon immer für meine Heimatgemeinde eingesetzt und war neben einigen Vereinsmitgliedschaften auch in der Freiwilligen Feuerwehr aktiv. Dort bekleidete ich mehrere



Norbert Stumpf

Erster Bürgermeister
der Gemeinde Bubenreuth

Wahlperioden das Amt des Kommandanten und hatte natürlich immer wieder Kontakt mit der Verwaltung und dem Gemeinderat. Und natürlich hatte ich Lust, auch politisch mehr Verantwortung zu übernehmen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ganz ehrlich, auf das Amt des Bürgermeisters kann man sich nicht so richtig vorbereiten. Mit Amtsantritt beginnt die Ausbildung... Ich bin jedem Brief, jeder Anfrage und nahezu jedem Geschäftsvorgang einfach hinterhergegangen, denn ich wollte die Verwaltung lernen. Glauben Sie mir, es ist vieles ganz anders, als man sich vorstellt, oder vielleicht sogar wünscht.

Zur Vertiefung folgten einige Seminare.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Mehrere Baustellen Der Ausbau der ICE-Strecke Nürnberg-Berlin durchkreuzt unser Bubenreuth und bescherte uns mehrere Jahre eine Großbaustelle und vier Wochen vor der Wahl wurde bei unserer Mehrzweckhalle festgestellt, dass das Dach einsturzgefährdet ist. Da war dann erstmal Eile geboten, um unsere einzige Halle für Veranstaltungen, Schul- und Vereinssport wieder nutzbar zu machen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Ein großes Thema ist die Sicherung unser KiTas, bei denen wir die immer größer werdenden

Defizite ausgleichen müssen.

Natürlich steht aber nicht nur die finanzielle Entwicklung auf unserer ToDo-Liste, sondern auch die Entwicklung eines großen Wohngebietes mit einer verdichteten und flächensparenden Planung. Wichtige Bestandteile sind die Schaffung von barrierefreien und bezahlbaren Wohnungen, senioren-gerechtem Wohnen und einer Pflegeeinrichtung.

Ein weiteres Highlight ist die Planung und der Bau eines Nahwärmenetzes.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Erstmal geht es um die Umsetzung unserer Planungen für das Wohngebiet und die Schaffung weiterer KiTa-Plätze sowie die Sicherung des Ganztagesangebots an der Grundschule.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Nur Mut, es ist einer der schönsten Jobs – auch wenn es viel Engagement bedeutet, nicht viel Dank zurückkommt und die Familie mitziehen muss.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen, Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Zuhören und Kümmern ist das Motto nicht nur bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Bürgerbeteiligung wird bei uns in Bubenreuth schon immer großgeschrieben und dabei meine ich nicht nur eine Bürgerversammlung, die man eh machen muss.

Mitmachkommune durch Mitwirkung, Mitgestaltung und auch Mitverantwortung!

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird immer weiter voranschreiten. Auch wenn wir am Anfang das Gefühl haben, die Dinge werden umständlicher und schwieriger, bin ich überzeugt, dass es am Ende viel einfacher, schneller und mit weniger Fehlern umgesetzt werden kann. Wir müssen uns nur darauf einlassen und lernen, damit umzugehen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Zuhören und Kümmern“, aber auch mal an sich selbst denken.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Dazu ist es viel zu früh, sich darüber Gedanken zu machen, aber wenn es dann mal so weit ist, freue ich mich, wenn gesagt wird: „Der hat schon gepasst!“

Grenzüberschreitende Begegnung:

EUREGIO genehmigt sechs neue Projekte

Begegnungsprojekte, auch als „people to people“-Projekte bekannt, fördern den grenzüberschreitenden Austausch und das Miteinander. Sie spielen eine zentrale Rolle in der Umsetzung der Grenzraumstrategie 2021-2027 der EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein und können durch das EU-Programm Interreg finanziell unterstützt werden. In seiner jüngsten Sitzung hat das EUREGIO-Entscheidungsgremium sechs neue Projekte genehmigt.

EUREGIO-Präsident Bürgermeister Norbert Meindl (Marktgemeinde Lofer, Land Salzburger) und Vizepräsident Landrat Bernhard Kern (Berchtesgadener Land) zeigten sich erfreut über die Vielfalt der genehmigten Projekte. „Damit ermöglichen wir in zahlreichen Lebensbereichen den grenzüberschreitenden Austausch und legen den Grundstein für weiterführende Kooperationen im bayerisch-salzburgischen Grenzraum“, betonten sie. Die sechs bewilligten Begegnungsprojekte – „Innovation - alpine connects“, „Grenzenlose MINT-Vernetzung“, „Workation und Coworking im Urlaub – eine Chance im touristischen Ange-

bot“, „Workshops Chorkonzert“, „Kinder – Leben: gestern – heute – morgen“ sowie die „Erwachsenenbildungsfahrt Zeichen der Zeit: Orte der Erinnerung“ – decken die Bereiche Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Erwachsenenbildung und Kultur ab. Sie werden stets in grenzüberschreitender Partnerschaft von Wirtschaftsförderungseinrichtungen, Regionalverbänden, Kommunen mit ihren Büchereien, Tourismusorganisationen, Kulturvereinen und Bildungseinrichtungen realisiert. Insgesamt fließen rund 22.000 Euro EU-Fördermittel in diese Projekte.

Begegnungsprojekte können mit bis zu 75 Prozent aus dem



Gemeinsame Kranzniederlegung der Partnerlandkreise Dachau – Oświęcim /Auschwitz im Todesblock 11 des Stammlagers Auschwitz.

Bild: Landratsamt Oświęcim, Rafal Lorek

scherin Anna Andlauer zusammen mit der Direktorin des Museums, Dorota Mleczo, sowie Czech-Sailer kuratiert. Sie erzählt vom Schicksal der Kinder polnischer und ukrainischer Zwangsarbeiterinnen im Landkreis Dachau, die durch das menschenverachtende nationalsozialistische Regime Hunger, Kälte und Krankheiten ausgesetzt waren und verstorben sind. Es geht aber auch um Kinder, die überlebt und nach der Befreiung im Internationalen Kinderzentrum Kloster Indersdorf Hoffnung für das weitere Leben gefunden haben.

Nun hat die Ausstellung in einem Museum einen Platz gefunden, das sich mit der Hilfe, die KZ-Häftlinge durch Anwohner erhalten haben, beschäftigt. Sei es der Schmuggel von Briefen, die heimliche Versorgung mit Lebensmitteln und Medizin bis hin zum Verstecken von geflüchteten Häftlingen: Im Bewusstsein, die eigene Freiheit und das eigene Leben aufs Spiel zu setzen, haben viele Menschen Übermenschliches geleistet. Hier, in diesem Museum, wird das Gedenken an die vielen namenlosen und bekannten guten Seelen in Ehren gehalten.

Junge Menschen als Brückenbauer in die Zukunft
Neben Stephanie Jacobs, Bayerische Staatskanzlei, Dr. Markus Gruber, Amtschef im Bayerischen Ministerium für Familie, Arbeit und Soziales sowie Stiftungsvorstand des Max Mannheimer Studienzentrums, Richard Seidl, Stadtrat und Referent für Zeitgeschichte in Dachau, begleiteten auch zwei Vertreterinnen des Jugendkreises die Delegation. Zu den jährlich stattfindenden Reisen nach Polen werden immer zwei Jugendvertreter mitgenommen. Die Einrichtung des Jugendkreises hat dem Landkreis Oświęcim

so gut gefallen, dass kurzerhand dem bayerischen Beispiel gefolgt und selbst eine solche Institution eingerichtet wurde. Die Jugendkreise beider Nationen legten gemeinsam einen Kranz bei den zentralen Feierlichkeiten zum Befreiungstag der Stadt Oświęcim nieder.
Wie schon in der Anfangszeit ist auch dieses Jahr Kunst das verbindende Element. Das Dachauer Jugendsinfonieorchester ist mit über 30 jungen Menschen ange-reicht mit der Musikschule Oświęcim ein abendfüllendes, ambitioniertes Programm zu bestreiten. Dabei wurden unter anderem besondere Musikstücke mit Bezug zur NS-Zeit herausgesucht. „Die schönste Zeit des Lebens“ von Franz Grothe bspw. musste von jüdischen Gefangenen zur Unterhaltung ihrer Peiniger gespielt werden. Außerdem wurde eine Suite aus Brundibár, einer Kinderoper, gespielt. Der Komponist Hans Krása, kam in Auschwitz-Birkenau ums Leben.
In seinem Grußwort zum Konzert sagte der Dachauer Landrat Stefan Löwl: „Heute, 80 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, sind wir hier; nicht nur um zu erinnern und zu warnen, sondern auch um zu zeigen, dass Hoffnung und Liebe selbst an den dunkelsten Orten wachsen können. In diesem Jahr feiern wir ein kraftvolles Symbol dieser Hoffnung: den 10. Jahrestag der Partnerschaft zwischen unseren beiden Landkreisen.“ Dass die Landkreispartnerschaft Anerkennung auch über die Landkreiszugrenzen hinaus erfährt, formulierte Petra Pau, Bundestagsvizepräsidentin, in ihrem Grußwort zur Veranstaltung mit den Worten: „Es grenzt an ein Wunder.“ Sie lobte die Landkreispartnerschaft Oświęcim – Dachau: „Ich hoffe, andere Gebietskörperschaften werden diesem Beispiel in Zukunft folgen.“

CH

Interreg VI A-Programm Bayern-Österreich 2021-2027 gefördert werden, bei maximalen Projektkosten von 5.000 Euro. Sie sind in verschiedenen Bereichen umsetzbar und stehen neben Institutionen auch Schulen und Sportvereinen offen. Die nächsten Einreichfristen enden am 28. Februar und 30. September 2025. Projekte, die bis Februar eingereicht werden, können ab Juni starten, während für spätere Anträge ein Beginn ab Januar 2026 möglich ist.

Für Klein- und Mittelprojekte endet die Einreichfrist am 30. Juni 2025, mit Beschluss im September. Großprojekte können noch bis 31. März eingereicht werden und werden Mitte September auf Programmebene entschieden.

Weitere Informationen

Eine Projekteinreichung ist grundsätzlich laufend möglich. Unabhängig von der Projektart (Begegnung, klein, mittel, groß) unterstützt das Team der EUREGIO-Geschäftsstelle Antragsteller gerne von der Projektidee bis zur Abrechnung des Projekts. Weitere Informationen sowie Links und Downloads zum Antragsverfahren und speziellen Leitfäden für die Antragstellung finden sich auf der EUREGIO-Homepage www.euregio-salzburg.eu unter dem Reiter „Förderungen“. Generell für alle Projekte wichtig ist, dass immer mindestens ein Projektpartner von bayerischer und einer von Salzburger Seite kommen muss und immer auch eine Vorfinanzierung erforderlich ist. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Landrat Stefan Löwl (2.v.r.) bei seiner Begrüßungsrede anlässlich des gemeinsamen Konzerts des Dachauer Jugendsinfonieorchesters mit der Musikschule Oświęcim.

Bild: CH

10 Jahre Landkreispartnerschaft Dachau – Oświęcim /Auschwitz:

Für die Freundschaft, für die Zukunft

Anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau besuchte der Dachauer Landrat Stefan Löwl mit einer Delegation des Landkreises den Partnerlandkreis Oświęcim (Auschwitz). Seit 10 Jahren verbindet die beiden Regionen eine offizielle Landkreispartnerschaft. Erstmals in diesem Jahr spielte das Dachauer Jugendsinfonieorchester gemeinsam mit der Musikschule Oświęcim ein gemeinsames Konzert. Die Delegation nahm an den offiziellen Gedenkfeierlichkeiten teil.

Von einer Freundschaft zur offiziellen Partnerschaft

Dachau und Auschwitz – zwei Namen, die aus der Geschichte nicht zu löschen sind. Sie wurden in der ganzen Welt zum Synonym für das größte Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Heute sind das zwei Erinnerungsorte, die sich deutlich gegen jegliche Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Totalitarismus und Ausgrenzung positionieren. Und zwei Orte, die der Trauer und der Verarbeitung Raum geben.

Die enge künstlerische und private Freundschaft zwischen Paweł Warchoł aus Oświęcim und

dem Dachauer Heiko Klohn, die im Jahre 1989 bei einer Ausstellung in Oświęcim entstand, prägte die Kontakte und legte den Grundstein für die im August 2015 unterzeichnete Partnerschaft. Der Wunsch nach einer offiziellen Partnerschaft wurde an den Landkreis von der polnischen Seite herangetragen und „weil es wichtig ist“, so Löwl, sagte er bald nach seinem Amtsantritt zu.

Die Verantwortung für die geliebte Partnerschaft trägt Koordinatorin Dr. Bernadetta Czech-Sailer. Die gebürtige Polin nahm als Studentin selbst an zahlreichen Kursen der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Oświęcim

teil und war 1995 bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Befreiung anwesend. „Damals“, erinnert sich Czech-Sailer, „war mit Roman Herzog erstmals ein deutscher Bundespräsident vor Ort – ein außergewöhnlicher Moment.“ Anschließend führte Herzog in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Gespräche mit Jugendlichen im Rahmen eines Journalistenseminars, wodurch auch Czech-Sailer ihm persönlich begegnete. Diese Zeit prägte sie nachhaltig und seither pflegt sie enge Verbindungen zur Region.

Eines ihrer jüngsten Projekte, das sie gemeinsam mit dem „Museum zum Gedenken der Einwohner der Region Oświęcim“ durchgeführt hat, ist die Ausstellung „Kinder aus Indersdorf 1944-48. Zeugen und Opfer des Dritten Reiches“, die im Oktober 2023 eingeweiht wurde und dort dauerhaft gezeigt wird. Die Ausstellung wurde von der Heimatfor-

Glasfaser für die Zukunft:

Meilenstein im Ausbau für Regensburg und Neumarkt

Vergaben für Bau- und Materialleistungen abgeschlossen – 45.000 Haushalte und Unternehmen profitieren vom größten interkommunalen Glasfaserprojekt Bayerns

Die Laber-Naab Infrastruktur GmbH (LNI) hat in der jüngsten Gesellschafterversammlung einen weiteren wichtigen Meilenstein für den Glasfaserausbau in den Landkreisen Regensburg und Neumarkt erreicht. Nach intensiver Vorbereitungs- und Abstimmungsarbeit wurden die Vergaben für die Rahmenvereinbarungen im Bereich Bau- und Materialleistungen „GIGABAU“ beschlossen.

Im gesamten Erschließungsgebiet werden rund 45.000 Haushalte und Unternehmensstandorte in den Clustern West (östlicher Landkreis Neumarkt und westlicher Landkreis Regensburg), Nord (nördlicher Landkreis Regensburg) und Süd (südlicher Landkreis Regensburg) mit Fördermitteln von Bund, Freistaat Bayern sowie Mitteln aus den gemeindlichen Haushalten erschlossen. „Mit diesen Rahmenvereinbarungen haben wir leistungsstarke Ausbaupartner an unserer Seite, die den Glasfaserausbau flächendeckend vorantreiben werden“, betont René Meyer, Geschäftsführer der LNI. „Der Gigabit-Rollout ist ein Marathon, aber auch ein Mannschaftssport – nur gemeinsam können wir diesen großen Schritt in Richtung einer zukunftssicheren digitalen Infrastruktur gehen.“

Großes Interesse an Vergabeverfahren

Die Vergabesummen bleiben trotz herausfordernder Rahmenbedingungen, wie Inflation und steigender Baukosten, in einem bezahlbaren Rahmen. Besonders erfreulich: Durch ein detailliertes und ausgefeiltes Verfahren konnten die Angebotspreise im Vergleich zu den indikativen Runden deutlich gesenkt und die Leistungsfähigkeit der Bieter noch höher bewertet werden. Das Vergabeverfahren stieß auf großes Interesse: Über 20 Unternehmen, überwiegend aus Bayern, beteiligten sich an den Verfahren. Nach der umfassenden Prüfung und Wertung wurden leistungsstarke Partner für die drei Cluster ausgewählt. Parallel dazu wird die Lieferung und

Installation der PoP-Gebäude (Point of Presence) auf Grundlage einer Rahmenvereinbarung realisiert. Diese Gebäude dienen als zentrale Zugangspunkte des Netzes. Insgesamt sind 15 Standorte geplant. Mit Zuschlagserteilung wird zeitgleich ein Einzelabruf für vier PoP-Stationen erfolgen, deren Lieferung und Installation in den ersten Bauabschnitten nach dem anstehenden Winter vorgezogen ist.

Den Zuschlag für den Betrieb des passiven Glasfasernetzes in kommunaler Hand hat die Telekom erhalten. Es ist das erste Mal, dass die Telekom ein Betreibermodell in dieser Größenordnung übernimmt. Josef Bauer, Aufsichtsratsvorsitzender der LNI und stellvertretender Landrat des Landkreises Neumarkt, erklärt: „Die LNI ist nicht nur das größte Betreibermodell in Bayern, sondern auch deutschlandweit das größte Projekt der Telekom dieser Art. Ich freue mich darauf, dass wir im Frühjahr 2025 mit dem flächendeckenden Ausbau starten können.“

Tanja Schweiger, stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende



Aufsichtsrat und Geschäftsführer der LNI, v.l.: Christian Graf, Josef Bauer, René Meyer, Tanja Schweiger, Christian Hauner, Hans Schmid. Bild: HCWagner

der LNI und Landrätin des Landkreises Regensburg, ergänzt: „Seit 15 Jahren arbeitet der Landkreis Regensburg intensiv am Thema Glasfaserausbau. Der einstimmige Beschluss der Gesellschafterversammlung, fast eine halbe Milliarde Euro brutto, vor allem aus öffentlichen Mitteln, zu investieren, ist ein Meilenstein für die Internetanbindung der Haushalte und Unternehmen in unseren Kommunen.“

Landkreisübergreifende Zusammenarbeit

Auch die organisatorische Zusammenarbeit der beiden Landkreise und ihrer 47 Kommunen ist ein Erfolgsmodell, wie René Meyer betont: „Das Projekt zeigt, wie interkommunale Zusammenarbeit über die Landkreisgrenzen hinaus funktionieren kann. Mit der Vergabe an leistungsfähige Ausbaunternehmen haben wir eine starke Basis geschaffen, um den Glasfaserausbau in öffentlicher Hand zügig und zuverlässig umzusetzen.“ Der Baustart ist für das Frühjahr 2025 vorgesehen. Mit dieser Botschaft beginnt ein weiterer entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer leistungsstarken digitalen Infrastruktur, die unsere Region zukunftssicher aufstellt.

Mehr Informationen: www.lni.gmbh

Klare Haltung gegen Antisemitismus:

CSU bekräftigt Schutzversprechen

Evangelischer Arbeitskreis der CSU zum Informationsgespräch bei Israelitischer Kulturgemeinde Fürth

„Antisemitismus wird nicht geduldet, auch keine diesbezüglich motivierten Besetzungen von Universitäten“, so Innenminister Joachim Herrmann bei einem vom Evangelischen Arbeitskreis (EAK) der mittelfränkischen CSU initiierten Informationsgespräch mit der Israelitischen Kulturgemeinde (IKG) Fürth. „Wir brauchen auch wieder mehr Respekt vor anderen Meinungen und anderen Religionen.“

Bei dem Gedankenaustausch mit Repräsentanten der IKG Fürth und der CSU in Mittelfranken hatte Vorstandsvorsitzende Julia Tschekalina nicht nur die Jüdische Gemeinde, das Museum und die laufenden Projekte vorgestellt, sie bedauerte dabei, auch von einer schwierigen Zeit

mit viel Antisemitismus berichten zu müssen.

In der Diskussion wurde deutlich: Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 werde das Existenzrecht Israels wieder zunehmend in Frage gestellt. Ein globaler Anstieg des Antisemitismus auch mit ver-

mehrten physischen Übergriffen auf Juden sei zu verzeichnen. Dabei zeigte sich Julia Tschekalina aber erfreut über die Zusage von Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Innenminister Joachim Herrmann, das Schutzversprechen voll umzusetzen.

Der Antisemitismus verstecke sich hinter pauschaler Israel-Kritik und beginne sogar schon bei Kindern, meinten Vertreter der IKG. Er gehe quer durch gesellschaftliche Schichten und zeige vielfältige Formen. Das gelte nicht nur für extrem rechte wie linke Positionen, sondern auch für intellektuelle Kreise. Deutsche Juden würden oft als Projektionsfläche für die Geschehnisse in Israel und im Nahen Osten gemacht, sobald man sich als Jude oute. „Es geht um das jüdische Leben heute in Deutschland, welches geschützt werden muss“, sagte Bundestagsabgeordneter Tobias Winkler, und Landtagsabgeordneter Werner Stieglitz ergänzte: „Wir stehen auf allen Ebenen an Ihrer Seite.“ Nach Aussage von Joachim Herrmann müsse unterschieden werden zwischen dem jüdischen Leben in Deutschland und dem Staat Israel. „Das Existenzrecht Israels gehört zur Staatsräson in Deutschland“, dazu bekenne sich die CSU unabhängig von jeweiligen Regierungen. Letztlich waren sich IKG, EAK und CSU einig: „Wir wollen und werden den interreligiösen Dialog verstärken“ und die CSU-Mandatsträger betonen: „Sie können sich ohne Wenn und Aber auf unsere Solidarität verlassen.“



V.l.: Initiator und ehem. Bürgermeister Andreas Galster, Rabbiner David Zharko, MdB Ralph Edelhäußer, IKG-Vorstandsvorsitzende Julia Tschekalina, Innenminister Joachim Herrmann, MdB Tobias Winkler, EAK-Betriebsvorsitzender Jürgen Hopf und MdL Werner Stieglitz. Bild: pmw

GZ PINOS WELT

Deutschland ist ein seltsames Land. Als einziger relevanter Industriestaat in einer tiefen Rezession. Die Produktion bricht ein. Der Export schwächelt. Die Infrastruktur ist marode. Nur eines funktioniert zuverlässig: Die Empörung!

Es scheint so, als wäre dieses Land neuerdings unfähig, eine rationale Diskussion zu führen. Die Emotionen gehen zuverlässig hoch, was auch immer gerade ansteht. Im Bundestag sollte Richtiges beschlossen werden – so jedenfalls die Idee hinter der parlamentarischen Demokratie. Als ein Gesetz zur Abstimmung anstand, das vieles Richtige enthielt – jedenfalls nach der demoskopisch ermittelten Meinung einer Mehrheit der Bevölkerung – kam es zur Katastrophe. Das Tor zur Hölle wurde geöffnet! So die Meinung derjenigen, die nicht das in Angriff nehmen wollen, was die Bevölkerung fordert. Denn auch die Falschen hatten dem richtigen Inhalt zugestimmt.



ideologisch gefestigte Kritiker damit sagen? War Hitler nicht nur Kommunist sondern auch Transperson?

Ich denke wohl zu viel. Das Denken sparen sich jedenfalls die, die tagelang wieder gegen rechts auf die Straßen gingen. Wobei Faschisten natürlich alle diejenigen sind, die sich nicht zu den Parteien links der Mitte bekennen. Nachdem all- so alle derzeitigen Oppositionsparteien mit Ausnahme der Linken und des BSW Ausgebirten der Hölle darstellen (vgl. Tor zur Hölle etc.), ist es für das ZDF auch legitim, Berichte vom Parteitag der CDU so zu manipulieren, dass die Grenze zur Desinformation überschritten ist, und zu Wahlarenen ausschließlich links sozialisierte Studenten einzuladen. Schließlich muss eine neue Machtergreifung verhindert werden.

Aber die Empörung in der deutschen Politik richtet sich ja nicht nur gegen den Feind im Innern. Da erwägt der amerikanische Präsident einen Vorschlag des ukrainischen Präsidenten Selenskyj aufzugreifen und strategische Bodenschätze gegen Waffen zu tauschen. Empörung bei Kanzler und Außenministerin, obwohl doch damit eines der großen politischen Wunder verbunden sein könnte: Die Ukraine wird für Trump wichtig.

Empörungsweltmeister Deutschland

Das mit der Hölle ist gleich erklärt: Eine der im Bundestag vertretenen extremistischen Parteien ist am rechten Rand des Spektrums verortet. Niemand arbeitet mit ihnen zusammen, niemand will mit ihnen eine Regierung bilden. Da sie aber Dämonen sind, darf nichts mit deren Zustimmung beschlossen werden. Und sei es noch so vernünftig und wichtig. Wenn man als Partei der Mitte nicht aufpasst, wird man automatisch in den Sog der Extremisten gezogen (Stichwort Höllenschlund) und aus Männern und Frauen der demokratischen Mitte werden wahlweise Faschisten oder gleich Nazis.

Die Nazi-Keule geht immer. Je länger die dunklen Jahre vor 1945 vorbei sind, desto inflationärer und damit die richtigen Nazi verharmlosend wird sie geführt. Ein Klassiker ist das Beschmieren von Wahlplakaten mit Hitlerbärtchen. Barzel musste das schon ertragen, Kohl und Strauß. Jetzt Friedrich Merz. Markus Söder hat sich durch eine echte, äußerst kleidsame Manneszier gegen Schmierereien gewappnet. Nicht so einfach hat es Sarah Wagenknecht, deren mit einem Kurzschnäuzer verunziertes Porträt ich vor einigen Tagen am Straßenrand sah. Was will der

Auch der Vorschlag von Trump, den Gazastreifen in Stil eines Immobilienentwicklers wieder aufzubauen führt bei uns zu nichts anderem als schnappatmender Empörung. Aber Fakt ist doch, dass in Gaza alles zerstört ist, was zerstört sein kann, es dort weder Bodenschätze noch Industrie gibt und ein Aufbau, der darin besteht, nur den Status quo ante mit einer zum Nichtstun und dem Empfangen von Hilfsgütern der UN verurteilten Bevölkerung zu erneuter Radikalisierung und Gewalt führen wird. Warum also bei den Wiederaufbauplänen nicht eine Erwerbsperspektive, den Tourismus, mitdenken?

Ok, die Trumpschen Ideen sind in Reinkultur unausgegoren und wohl Quatsch. Möglicherweise lohnt es sich nicht, darauf allzu viele Gedanken zu verschwenden. Aber statt reflexartiger populistischer Empörung könnten sie doch Denkanstöße geben. Frei nach Woody Allen: „Das Schwierigste am Leben ist es, Herz und Kopf dazu zu bringen, zusammenzuarbeiten.“

Ihr Pino

Gigabit-Zukunft für Cham:

Glasfasernetz offiziell in Betrieb

Über 1.300 Haushalte und Unternehmen erhalten direkten Glasfaseranschluss – Ziel ist Gigabit bis in jedes Haus

„Bayern setzt auf eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur – mit Glasfaseranschlüssen für alle Bürgerinnen und Bürgern direkt ins Haus! Ab sofort surfen weitere Haushalte und Unternehmen in Cham mit Gigabitgeschwindigkeit“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert FÜRACKER bei der Inbetriebnahme des geförderten Gigabitnetzes in Cham.

Die Inbetriebnahme zeige, so der Finanzminister, dass das bayernische Glasfasernetz stetig wach-

se. Vom Ausbau profitieren über 1.300 Haushalte und Unternehmen. Der Freistaat Bayern hat

NEW SmartMed:

Modellprojekt im ländlichen Raum verlängert

Um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zukunftssicher zu gestalten, haben die AOK Bayern und der Landkreis Neustadt an der Waldnaab (NEW) den Selektivvertrag „NEW SmartMed“ um zwei Jahre verlängert. Seit über einem Jahr erprobt das Modellprojekt innovative Wege, um ambulante Versorgungsangebote nachhaltig zu verbessern. Dafür wurde zunächst die personelle, technische und räumliche Infrastruktur geschaffen. Derzeit sind eine medizinische Fachangestellte und zwei Arztpraxen an dem Projekt beteiligt.

Landrat Andreas Meier zufolge „laden wir die Ärzteschaft und die Patientinnen und Patienten nun dazu ein, die innovativen Angebote von NEW SmartMed auch aktiv zu nutzen. Gemeinsam können wir so die Zukunft der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum – für ein gesundes Leben in Neustadt an der Waldnaab – gestalten. Klar ist aber auch, dass dieses Projekt nur eine wirklich gesicherte Zukunft haben wird, wenn das Angebot auch angenommen wird, sowohl von Ärztinnen und Ärzten als auch von der Bevölkerung.“ Das Projekt „NEW SmartMed“ ermöglicht eine ärztliche Delegation von Tä-

tigkeiten an medizinische Fachangestellte (MFA). Solche delegierbaren Tätigkeiten sind etwa Blutentnahmen, Blutzucker- und Blutdruckmessungen oder Wund- und Medikamentenmanagement. Die MFA führt die entsprechende Untersuchung oder Behandlung schwerpunktmäßig in einem Gemeinderaum oder bei Bedarf auch beim Patienten zu Hause durch. Es können auch Untersuchungen wie EKG oder Lungenfunktionsprüfungen erfolgen und die Ergebnisse direkt an die betreuende Praxis übertragen werden. Der Arzt kann bei Fragen per Videosprechstunde hinzugezogen werden. DK

dieses Projekt mit rund 3,5 Millionen Euro gefördert. „In der heutigen Zeit ist das Internet unverzichtbar geworden – es ist eine grundlegende Voraussetzung für nahezu jede berufliche Tätigkeit. Schnelle und leistungsstarke Netze sind das ‚Tor zur digitalen Welt‘ und prägen unseren Alltag maßgeblich“, so der Finanzminister.

Investition: 2,6 Mrd. Euro

„Der Freistaat Bayern setzt sich seit Jahren mit voller Kraft auf freiwilliger Basis dafür ein, den Glasfaserausbau für seine Bürgerinnen und Bürger bestmöglich voranzutreiben. Seit 2014 haben wir im Rahmen der Bayerischen Gigabitförderung insgesamt bereits 2,6 Milliarden Euro investiert: Damit werden über 104.000 Kilometer Glasfaser in Bayern verlegt! Eine moderne digitale Infrastruktur ist Grundpfeiler für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und entscheidet über die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Ein großes Dankeschön an alle Beteiligten für ihren Einsatz und unseren Bürgerinnen und Bürgern wünsche ich eine stets schnelle und stabile Verbindung!“, so FÜRACKER.

Mit der Bayerischen Gigabitrichtlinie hat der Freistaat – als erste Region in der Europäischen Union – den Weg dafür geebnet, den Glasfaserausbau auch dort zu fördern, wo bereits ein Netzbetreiber mindestens 30 Mbit/s anbietet (sogenannte „graue Flecken“). 71 Prozent aller bayerischen Haushalte sind schon gigabitfähig erschlossen, nach Abschluss aller laufenden Projekte werden es sogar 81 Prozent sein. □

Landkreis Regen:

Nachhaltig Gäste gewinnen und bewirten

Umwelt- und Naturschutz sind im Ferienhaus Corinna Teil des Konzeptes

Kirchdorf im Wald. „Der Umwelt- und Naturschutz ist uns wichtig“, sagen Luise und Günther Dengler. Das Ehepaar betreibt seit mehr als zwei Jahrzehnten das Ferienhaus Corinna. Neben dem Umweltschutzgedanken bringe ökologisches Handeln und die damit verbundene Nachhaltigkeit oft auch finanzielle Vorteile. „Das ist eine Win-Win-Situation“, stellte auch Landrat Dr. Ronny Raith bei seinem Besuch in Kirchdorf im Wald fest. Der Landrat war eigens zu Familie Dengler gefahren, um die Rezertifizierungsurkunde zum Umwelt- und Klimapakt Bayern zu überreichen.

„Sie sind nicht zum ersten Mal dabei und sie bringen sich weiter ein“, lobte Raith das Engagement des Ehepaares.

Umwelt- und Klimapakt Bayern

Mit dem Ferienhaus Corinna erfüllen sie alle notwendigen Kriterien, um erneut die Plakette des Umwelt- und Klimapaktes Bayern zu führen. Luise Deng-

ler erklärte, dass für sie der Umweltschutz bereits im Kleinen beginnt. So gab es beispielsweise in ihrem Betrieb – für die Gäste, die Frühstück gebucht haben – nie verpacktes Essen, weder Butter noch Marmelade kommt vorgepackt auf den Tisch. Sie berichtete ferner davon, dass viele Gäste immer wieder kommen. „Wir haben viele Stammgäste“, freut sie sich. Diese wissen das Engagement der Gastgeber zu schätzen.

Neben Landrat Dr. Raith gratulierte auch Teresa Sitzberger, die Wirtschaftsförderin



Günther und Luise Dengler (Bildmitte) freuen sich darüber, dass Landrat Dr. Ronny Raith und Wirtschaftsförderin Teresa Sitzberger die Urkunde und die Plakette zum Umwelt- und Klimapakt überbrachten.

Bild: Heiko Langer / Landratsamt Regen

des Landkreises Regen: „Es ist schön, dass es Betriebe wie diesen gibt. Hier merkt man richtig, dass die Gäste sich wohl fühlen.“ Raith und Sitzberger bedankten sich für den Einsatz und wünschten Familie Dengler weiter viel Erfolg. „Ich hoffe, ich sehe sie spätestens in drei Jahren wieder, wenn die nächste Rezertifizierung ansteht“, sagte das Landrat zum Abschied.



Kunstvoll geklöppelt: Vom 25. bis 27. April wird Neumarkt in der Oberpfalz zum Hotspot für Klöppelkunst aus ganz Europa. Der 41. Klöppel-Kongress bringt Hunderte Textilkünstler in die Stadt, die nicht nur ihr Handwerk feiern, sondern auch beeindruckende Werke präsentieren. Besucher können sich auf zahlreiche Ausstellungen freuen – von filigranen historischen Fächern über moderne Spitzen-Accessoires bis hin zu kreativen Mitmachaktionen. Besonders spannend: Die Klöppelschule Abensberg zeigt live, wie aus feinen Fäden echte Kunstwerke entstehen.

Bild: Dr. Franz Janka



Bayerns bestes Café: Neumarkt hat das beste Café Bayerns! Das Café Wittl wurde vom renommierten Magazin „Der Feinschmecker“ als Landessieger ausgezeichnet. Die „Haute Patisserie“ von Beatrix Wittl begeistert mit kunstvoll komponierten Törtchen, die aus bis zu sieben feinen Schichten bestehen. Wer diese süßen Meisterwerke kosten möchte, muss nach Neumarkt kommen – oder auf eine exklusive Lieferung an Feinkost Käfer in München hoffen. Ein Genuss für alle Sinne.

Bild: Café Wittl

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5/2025, die am 27. Februar 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung - Beschaffung - Speicherung
 - Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
 - Kommunalfahrzeuge - Fuhrpark
 - Kommunale Museen und Bibliotheken
 - Handwerkliche Dienstleistungen
- Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsb.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

Fahnen/Arbeitsbekleidung

Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.
LEONET.DE

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:

www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz

DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel BSI Kommunal CISIS12 Schulungen eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

Firmensitz Schwerin 0385/30 31-251 info@kubus-mv.de
Standort München 089/44 235 40-00 bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektiven Winterdienst

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
- KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH
Kommunales Mietkauf
Kommunales Leasing
für Mobilen und Immobilien
www.kfb-reuth.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

- Nachrüstbar im laufenden Betrieb
- Montage vor Ort durch modulare Bauweise
- Keim- und schadstoffübertragungsfrei
- Werkseigener Kundendienst
- Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de